

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 4 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Konnoement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Gungerr. in der Post-Zeitung, Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: J. M. 4186.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 10. Februar 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Aus England.

London, 7. Februar 1893.

Das Programm, welches das Gladstone'sche Kabinett bei Zusammentritt des Parlaments durch die Thronrede, bezw. die "Rede der Krone", bekannt machte, genügt zwar, wie der "Vorwärts" schrieb, bei weitem nicht allen Anforderungen, welche die vorgeschrittenen Arbeiter, unbeschadet ihrer weitergehenden Bestrebungen, für den Moment an die Regierung stellen, doch wird selbst in diesen Kreisen gegeben, daß, so weit als es geht, es immerhin mehr bietet, als von den Konservativen zu erwarten wäre. Selbst der Championische "Labour Elector" giebt dies indirekt zu, und ferner sieht er sich gezwungen, zu bekennen, daß die Herren Konservativen in der verflochtenen Legislaturperiode die Gelegenheit gründlich verpaßt haben, trotz der Ermahnungen ihrer "besten Freunde". Die "Justice" nennt das Gladstone'sche Programm ein "vielversprechendes" im doppelten Sinne des Wortes, und "Workman's Times" erkennt ebenfalls an, daß verschiedene der angekündigten Reformen vom Standpunkt der Arbeiter aus zu begrüßen sind. Es liegt auch gar kein Grund vor, dies zu leugnen, denn daß die Herren Liberalen sich etwas eingehender mit den Arbeiterinteressen beschäftigen, ist unbestritten ein Erfolg der sozialistischen Agitation, und der verhältnismäßig starke Besuch des Bradforder Kongresses, die auf demselben zum Ausdruck gekommene Thatsache, daß in so vielen Industriezentren bereits Sektionen für eine "unabhängige Arbeiterpartei" bestehen, die Wahlerfolge, welche unter diesem Banner bereits an verschiedenen Orten errungen wurden, haben sicherlich ihren großen Antheil an dem sozialreformatorischen Eifer des Kabinetts Gladstone-Morley-Rosebery. In England, wo der Parlamentarismus wirklich herrscht, d. h. wo die Volksvertretung bestimmt, wie regiert werden soll, bedeutet mehr als anderswo das Ignoriren aufkommender Bewegungen politischen Selbstmord.

Der besseren Uebersicht halber lasse ich hier noch einmal das von der Redaktion bereits mitgetheilte Programm des liberalen Kabinetts folgen, wie es von der hiesigen Presse auf Grund des Wortlauts der Thronrede zusammengestellt wurde.

- a) "Sofort" — nach Beendigung der Adressdebatte — soll eingebracht werden:
 1. Die Homerule-Vorlage.
- b) "Schleunigst" soll eingebracht werden:
 2. Gesetz zur Reform der Wählerregistrierung.
 3. Gesetz zur Einführung fünfjähriger Legislaturperioden. (Die jetzige Dauer ist sieben Jahre.)
 4. Gesetz zur Abschaffung des Privilegiums der Pluralvoten (d. h. jeder Wähler ein Votum).
- c) "Vorlagen" sollen gemacht werden behufs:
 5. Abänderung des Haftpflicht-Gesetzes. (Beseitigung verschiedener Hintertüren zur Umgehung des Gesetzes.)

6. Regelung der Arbeitsstunden der Eisenbahn-Angestellten.
7. Vorlagen sind in Aussicht genommen auf:
 8. Einrichtung ländlicher Pfarreiververtretungen.
 9. Ausdehnung der Vollmachten des Londoner Grafschaftsrathes.
 10. Vorläufige Sistirung von Privilegien der Staatskirche in Schottland und Wales.
 11. Berechtigung der Gemeinden, den Handel in beaufschlagenden Getränken zu reglementiren.

Maßregel Nr. 10 entspricht den Wünschen der politisch-demokratischen Sektirer und Nr. 11 denen der Temperenzler und Tentotaler, die ihren Anhang ebenfalls hauptsächlich im demokratisch gesinnten Theil der Bevölkerung haben.

Obwohl somit das Programm wenigstens bedingten Beifall bei Radikalen und Sozialisten gefunden, hat es doch nicht verhindert, daß am letzten Sonnabend bei einer Nachwahl die Konservativen den Liberalen einen Sitz entrißen und zwar in einem Kreis, wo die Arbeiter die Mehrheit der Wähler bilden, nämlich Huddersfield in der Grafschaft Yorkshire. Die Ursachen dafür sind zwar in den lokalen Verhältnissen zu suchen, aber die Thatsache selbst kann doch die ohnehin so wackelige Position des liberalen Kabinetts nur noch mehr erschüttern, dem so nöthigen Glauben an die Kraft desselben einen argen Stoß versetzen.

An sich sind die Umstände, unter denen Huddersfield den Liberalen verloren ging, gerade für uns Sozialisten interessant genug, denn unsere Genossen, bezw. die Unabhängige Arbeiterpartei hat dabei den Ausschlag gegeben. In Halifax, ganz in der Nähe von Huddersfield, hat die Unabhängige Arbeiterpartei, da dort ebenfalls eine Neuwahl nothwendig ist, einen eigenen Kandidaten aufgestellt und verlangt, daß, da das relative Mehr bei der Wahl entscheidet, die Liberalen auf die Aufstellung eines Gegenkandidaten verzichten. Diese, die bei der letzten Wahl eine Mehrheit von 1700 Stimmen hatten, gingen darauf nicht ein, und aus Verdruß darüber proklamirte die Unabhängige Arbeiterpartei in Huddersfield Wahlenthaltung. Einzelne ihrer Anhänger mögen sogar für den Konservativen gestimmt haben, der sich auf eine ganze Anzahl Arbeiterforderungen verpflichtete. Solange wir hier nicht die Stichwahlen haben, sind derartige Vorkommnisse unvermeidlich.

Zur Aufstellung eines eigenen Kandidaten fehlte es den Leuten in Huddersfield an den nöthigen Mitteln, die in der Kürze der Zeit nicht aufgebracht werden konnten. In Halifax scheint Aussicht auf eine erhebliche Stimmenzahl zu sein. Ob sie zum Siege hinreichen wird, ist freilich eine andere Frage. So oder so, in liberalen Kreisen ist man bereits darauf gefaßt, auch diesen Platz zu verlieren. Viele Liberale und auch ein Theil der liberalen bezw. radikalen Presse treten unter diesen Umständen für den Kandidaten der Unabhängigen Arbeiterpartei, einen erklärten Sozialdemokraten, ein.

Im Parlament zieht sich die Adressdebatte ewig lange

hin. Die Taktik der Konservativen ist: Obstruktion um jeden Preis. Ihre radikal-unionistischen Altkirren unterstützen sie dabei nach Kräften, vor allem der Renegat Chamberlain. Dieser ehrgeizige Demagoge ist bei dem an sich sehr unerquicklichen Parlamentsgegnärgel sicher die widerlichste Erscheinung. Innerhalb und außerhalb des Hauses gebildet er sich torystischer als die Tories. Er deklamirt nicht nur gegen Homerule, sondern gegen jedes Abweichen von der Zwangspolitik der Tories, und gleich diesen appellirt er an die chauvinistischen Instinkte des Volkes, um nur die Firma Salisbury, Balfour und Matthews wieder ans Ruder zu bringen.

Ueberhaupt muß der Chauvinismus ja stets herhalten, wo es an anderweitigen zugkräftigen Argumenten fehlt. Unter dem Einfluß der schlechten Geschäftsverhältnisse ist es z. B. nicht schwer, den Leuten einzureden, irgend welche Maßregel gegen das Ausland werde daheim Besserung zur Folge haben. Gerade heraus für Schutzzölle einzutreten, wagen nur wenige, aber für indirekten Schutz wird unter den verschiedensten Formen gewöhnt. Dazu gehört auch die Agitation gegen die Einwanderung fremder Paupers, über welche ich schon früher einmal schrieb. Gegen Maßregeln, welche den gewerbmäßigen Import von Paupers verhindern oder es fremden Regierungen unmöglich machen sollen, ihre Armen truppweise nach England abzuschicken, würde kein vernünftiger Mensch etwas einwenden können, aber was die Tories mit ihrer Agitation im Auge haben, ist etwas anderes: die Schutzmaßregeln gegen Paupers sollen die Deckflage bilden zur Einschmuggelung von Schutzmaßregeln für die nothleidende Landwirtschaft — lies: Landlords. Es ist bezeichnend, daß gestern, wo die Herren dies letztere Thema im Parlament zur Sprache brachten, die meisten ihrer Redner eine — Ursprungsmarkte für importirtes Fleisch verlangten.

Keir Hardie hat ein Amendement zur Adresse eingebracht, das die Regierung dafür tadelt, daß ihr Programm keine Maßregel für die Arbeitslosen enthält. Leider hat er dabei den großen saft unerklärlichen Fehler begangen, das Amendement statt von Burns oder einem der besseren Radikalen, von dem Oberst Howard Vincent, einem Tory und Fair Trade Agitator, gegenzeichnen zu lassen. "Fair Trade" — gerechte Zollpolitik — ist das Aushängeschild der englischen Schutzzöllerei. Das Londoner Organisationskomitee der Arbeitslosen hat denn auch am Sonntag in einer von H. M. Hyndman beantragten und von Edw. Keeling unterstützten Resolution sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß Keir Hardie das Anerbieten des Herrn H. Vincent nicht abgelehnt, und wess' Geistes Kind dieser Herr ist, zeigt eine heut in den Morgenblättern veröffentlichte Antwort des Herrn, worin es u. a. heißt: "Darum bin ich dagegen, daß die britische und irische Küste entlang von Gesetzen wegen angeschlagen steht: Hier kann fremder Schutt unentgeltlich abgeladen werden" . . . Wenn die Arbeitslosen den Fluß (die

Feuilleton.

Abdruck verboten.)

[1]

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepnia.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

"Sei nur nicht böse," beilegte sich Andrej einzulenken, indem er seine Hand ergriff. "Ich meinte es nicht schlimm; das Gesicht ist, sagt man, wie Du weisst, der Spiegel der Seele," fügte er hinzu, ohne ganz der Versuchung, ihn etwas zu necken, widerstehen zu können.

Gregor's Kerger pflegte nicht lange zu dauern und verfloß vor einem Freundesworte. Er wandte sich lebhaft um, und zog die Füße auf's Kanapee, um seinem Freunde besser ins Gesicht sehen zu können. Dann erging er sich in einer langen und beredten Ausführung über Tatjanas moralische und geistige Fähigkeiten.

Was ihm besonders auffiel, war die Vereinigung des höchsten Enthusiasmus mit fähigem, praktischem Urtheile. Ihre Begabung für eine Führerrolle war deshalb nicht weniger stark, weil sie mit weiblicher Schmiegsamkeit und Anmuth gepaart war.

Dies alles entwickelte Gregor mit beredten und überzeugenden Worten.

Andrej lauschte mit einem zwar ungläubigen, aber sympathischen Lächeln. Er war sicher, daß wenigstens neun Zehntel der Angaben Gregor's das Werk seiner furchtbaren Phantasie seien. Gregor hatte ein sehr zärtliches Gemüth,

er verstand es aber nicht Maß zu halten, und kannte nur die Superlative der Sympathie oder Antipathie. Für seine Gefährten empfand er entweder hohe Bewunderung oder sie ließen ihn vollkommen gleichgültig. In seiner Menschenkenntniß wurde er beständig irre geleitet, obgleich er behauptete, ein guter Menschenkenner zu sein. Er kannte sie in der That in seiner Weise, obgleich man seiner Meinung nicht trauen konnte. Aber Andrej, der in der Skala seiner Empfindungen normal war, liebte seinen Freund gerade am meisten wegen dieses wahrhaftigen Ungefühls des Herzens. Er war entzückt, ihn so wenig verändert zu finden.

"Ja," sagte er lachend, "Du mußt mich Deiner jungen Freundin vorstellen. Wenn ein Zehntel von dem, was Du gesagt, wahr ist, so ist sie die Blüthe ihres Geschlechtes. Wo triffst Du sie? Im Studentklub oder bei ihren Eltern?"

"Wie treffen regelmäßig im Klub zusammen. Manchmal besuchen wir aber auch Nepins-Sina und ich, Nepin fürchtet sich nicht, illegale zu empfangen."

"Ich denke, Du thätest besser, Tatjana Origoriwna in ihrem eigenen Hause aufzusuchen," Gregor stimmte ihm bei. Andrej war sehr begierig, Nepin kennen zu lernen und drückte seine Zustimmung aus, daß solch' eine angesehene Persönlichkeit auf ihrer Seite stand.

"Ich bin dessen nicht ganz sicher," bemerkte Gregor. "Ich kann es nicht herausbekommen, welches seine eigentliche Stellung ist. Sina kennt ihn besser und spricht von ihm mit großer Hochachtung. Thatsache ist, daß er uns bei vielen schwierigen Gelegenheiten hilfreich zur Seite stand." Gregor führte einige Beweise an, welche zeigten, daß Nepins Beiträge die übliche Höhe überstiegen.

"Er muß reich sein," sagte Andrej. "Ja, er ist sehr wohl-

habend", antwortete Gregor. "Ich bin aber nicht gewiß, ob alles Geld von ihm kommt. Tatjana ist selbst reich. Wenn sie mündig wird, wird sie ein Vermögen haben. Etwas wie eine Erbschaft von der Mutterseite; ich weiß es nicht ganz bestimmt. Sina erzählte es mir, ich schenkte der Sache aber wenig Aufmerksamkeit. Sicherlich," fügte er träumerisch hinzu, "wird sie selbst werthvoller für unsere Sache sein, als alles Geld, welches sie mitbringen kann."

Andrej wandte den Kopf schnell dem Sprecher zu. Er konnte aber seinen Blick nicht auffangen. Die Augen blickten in's Leere, als ob sie in Betrachtung eines entfernten Gegenstandes vertieft wären.

Andrej äußerte ein bedeutsames "hm" und entschloß sich, die erste Gelegenheit wahrzunehmen, um die Bekanntschaft des außergewöhnlichen Mädchens zu machen.

Bei der großen Freiheit des Verkehrs zwischen jungen Leuten in Rußland hat eine warme Zuneigung, ja selbst Bewunderung eines jungen Mannes für ein junges Mädchen, oder umgekehrt, nichts Besonderes zu sagen. Sie können sehr gute Freunde sein und nichts weiter. Für einen extravaganten Kopf wie Gregor war der Begriff der Freundschaft sehr dehnbar. Doch war in seinem Tone und Gesichte, als er von dem Mädchen sprach, ein gewisses Etwas, welches mehr als Freundschaft auszudrücken schien. Andrej wollte sie beisammen sehen, um Zweifel zu beseitigen, welche nicht frei von Befürchtungen waren. Er stimmte zwar nicht ganz den Freunden bei, welche das Prinzip aufstellten, daß ein Revolutionär nie eine Frau lieben dürfe. Doch hielt er es für besser, wenn man so lange wie möglich solchen "Thorheiten" auswich. Wenn Gregor gerade jetzt in diesen Zustand verfiel, so glaubte Andrej nicht, daß man ihm dazu

Themse) hinunter gehen und Dampfer auf Dampfer fremde Arbeiter und fremde Waaren hereinbringen sehen, werden ihre Augen ihnen die Frage beantworten, weshalb die Löhne niedriger und niedriger werden und so viele in diesen Tagen des Luxus und der Billigkeit ohne Arbeit, ohne Nahrung, ohne Feuer im Haus und ohne Schuhe sind. Mit andern Worten, der „fremde Schutt“ sind die fremden Waaren und die fremden Arbeiter.

Diese Fair Trade Agitation wird auch von Champion im „Labour Elector“ unterstützt, und wenn Champion vor einiger Zeit sich brüsten durfte, Geld für 100 Arbeiter-Kandidaten zur Verfügung zu haben — was hier etwas heißt — so wird man wohl auf die Natur dieser unbekannt: Gönner der Arbeiterfrage Schläffe ziehen dürfen. Glücklicherweise ist der Einfluß Champsions im Abnehmen, aber immerhin giebt es noch Leute, die ihm folgen, und dazu scheint — leider — auch Keir Hardie zu gehören. Mehr als je aber ist es am Plage, darauf zu achten, daß die neue Arbeiterpartei, wie überhaupt die englische Sozialdemokratie Gegnerin der Liberalen, indeß darum noch lange nicht eine Kultursale der Tories ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Februar.

Aus dem Reichstage. Heute schloß der Reichstag die Diskussion über die Berichte der Fabrikinspektoren fort. Als erster Redner trat der Abgeordnete Möller (Dortmund) auf, der gestützt auf die Thatsache, daß er der Vertreter des allmächtigen Vereins mit dem langen Namen ist, sich um die Beschlüsse der Wahlprüfungskommission nichts zu kümmern scheint, sondern Tag für Tag im Reichstage sich breit macht, als ob ein Beschluß, der seine Wahl für nichtig erklärt, nicht existiere. Unter Bismarck's Zeiten war der Verband der Industriellen so mächtig, daß nichts geschah ohne dessen Zustimmung, vor allem trat der Einfluß des Reichstags weit zurück gegenüber dieser Unternehmerverbindung; gelegentlich der Entscheidung über die Gültigkeit der Möllerschen Wahl wird sich zeigen, ob dieses den Reichstag entwürdigende Verhältnis auch unterm neuen Kurs fortbesteht. Daß man an maßgebenden Stellen Schen trägt, die Probe auf dieses Exempel zu machen, zeigt die durch nichts begründete Hinauszögerung dieser Entscheidung. Wochen sind jetzt schon hingegangen seit der Bericht der Wahlprüfungskommission erschienen ist, trotzdem aber ist er noch nicht auf die Tagesordnung gestellt. Dabei tritt Herr Möller auf, als liege nicht das leiseste Bedenken gegen die Legitimität seiner Wahl vor. Soll das noch lange so bleiben?

Die Rede des Herrn Möller zeichnete sich im übrigen wieder durch einseitigste Betonung der Unternehmerinteressen aus. Das ging so weit, daß sogar Herr v. Stumm sich von Möller los sagte und dessen Behauptungen über die Simulationen der Arbeiter in Krankheits- und Unfallfällen für zu weit gehend erklärte. Im weiteren Verlauf der Debatte langweilten die Abgeordneten Stumm und Dr. Hirsch das Haus wieder mit einer Aufwärmung ihres nun schon mehrere Jahre alten Privattheates. Dieser Kahl sollte doch endlich einmal aus den Verhandlungen des Reichstags fortbleiben.

Von unserer Seite hielt der Abgeordnete Wurm heute eine recht gelungene Nachlese zu seiner gestrigen Rede. An diese knüpfte sich eine kurze Auseinandersetzung zwischen Bebel und Singer einerseits und Möller andererseits an über eine Kennerung, welche letzterer von dem englischen Arbeiterführer Burns gehört haben will, und welche, wenn gefallen, gerade nicht schmeichelhaft über die deutsche Partei gelaute hätte. Burns hat unseren Genossen Bebel und Singer gegenüber es bestritten, sich so geäußert zu haben, wie Herr Möller und seine Freunde gehört und sofort niedergeschrieben haben wollen. Die Sache ist an sich vollständig gleichgültig und wirklich nicht werth, daß sie nun schon zum dritten oder gar vierten Male im Reichstage breit getreten wird. Den Vorwurf der Fälschung, den Herr Möller bei dieser Gelegenheit gegen den „Vorwärts“ erhob, müssen wir aber als einen frivolen zurückweisen. Unser Genosse Wurm konnte auf der Stelle nachweisen, daß die angeblich gefälschte Stelle dem Oldenburgischen Parlamentsbericht entnommen war und im gleichen Wortlaute sich

gratuliren könne, um so weniger, da seine Auserwählte, wie er errathen konnte, eine junge Weltbame war, welche einem ganz anderen Kreise angehörte, als dem ihren.

V. Kapitel.

Eine gemischte Gesellschaft.

Nepin beantwortete die Bitte seiner Tochter mit den Worten, daß er sich sehr darauf freue, Andrej in seinem Hause zu sehen. Aber drei Wochen vergingen, bevor dieser von der Einladung Gebrauch machen konnte.

Sina war mittlerweile von ihrem Besuche in Dubrawnik zurückgekehrt, brachte aber solch' unglückliche Nachrichten, daß alle, sie selbst und Andrej mit inbegriffen, zugeben mußten, daß vorläufig wenigstens jeder Versuch zur Befreiung Boris' aussichtslos sei. Da Sina mit Nepin über die Angelegenheit, für die sie ein warmes Interesse zeigte, sprechen wollte, machte sie Andrej den Vorschlag, sie zu begleiten. So hofften sie denn eine regelrechte „illegale“ Ehegesellschaft unter dem Dache des Rechtsgelehrten zu bekommen.

Andrej wohnte jetzt in seiner eigenen Wohnung auf dem Pesty, nicht weit von der Wohnung Sinas, so daß es beiden bequem war, zusammen hinzugehen. Gregor war froh, der Pflicht, ihn dorthin zu begleiten, entgehen zu sein, daß er dies sogar als genügenden Grund betrachtete, viel früher als die anderen hinzugehen. Um sechs Uhr, zu welcher Zeit, wie er wußte, die Familie ihren Nachmittagskaffee schon eingenommen hatte, klingelte er an der Außenthüre der Inzuiden Wohnung, welche die Nepins in der Konuschenajstraße bewohnten. Er hatte kaum Zeit zu fragen, ob die Familie zu Hause wäre, als man rasche Schritte in dem anstößenden Zimmer wahrnahm und Tanja heraustrat, um ihn mit einem Lächeln und vertrauten Händedruck zu begrüßen.

Sie war eine graziöse Brünnette, hatte große, schwarze Augen, welche von starken Augenbrauen überschattet waren, und einen wohlgeformten, ziemlich großen Mund.

Es war ein lebhaftes originelles Gesicht, nicht geradezu hübsch, aber von zwingendem Zauber, sobald sie lächelte.

auch in anderen Blättern besand. Ehe Herr Möller also mit so großlichen Beschuldigungen um sich wirft, sollte er das thun, dessen angebliche Unterlassung er unseren Genossen immer vorwirft, sich nämlich über das, was er öffentlich behauptet, vorerst genau orientiren. So lange Herr Möller dies unterläßt, kann er sich auch nicht wundern, wenn er hören muß, wie dies heute durch den Abgeordneten Singer geschah, daß seine objektive Wahrhaftigkeit durchaus nicht für jedermann feststeht. — Morgen dürfte die Debatte über die Sonntagsruhe den größten Theil der Sitzung ausfüllen. —

„Das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie liegt in der unermüdbaren Arbeit, die sozialdemokratische Kritik gegenstandslos zu machen,“ mit diesem richtigen Ausspruch antwortet die „Vossische Zeitung“ auf die neueste Auslassung Bismarck's. Bismarck spottet über die Parteien, welche glauben, die Sozialdemokratie tödtet geradezu zu haben; gegen diese gebe es nur sein altes Rezept des Sozialistengesetzes. Der Ausspruch der „Vossischen Zeitung“ trifft aber auch die Prahlereien der anderen Parteien, und seine Richtigkeit erkennen wir an. Aber welche der Parteien der herrschenden Klassen ist in der Lage, das „wirksamste“ Mittel in Anwendung zu bringen? Dieses wirksamste Mittel wäre eben die Vernichtung des Klassenstaates! Dieser Staat ist ohnmächtig auch nur in der Beseitigung der geringsten Mißstände, nimmt er einmal einen Anlauf wie bei der Sonntagsruhe, der Arbeiterchutz-Gesetzgebung, dem Fabrikinspektorat, prallt er sofort zurück vor den Angriffen des Königs Stumm und Genossen und kriecht vor diesen zu Kreuz. Die Gunst der feudalen Junker und Agrarier muß er erkaufen durch Preisgebung der allgemeinen Interessen zu ihren Gunsten. Will er sich auf die Pfaffen stützen, so liegen sich nicht nur diese selbst in den Haaren um den größeren Theil der Beute, sondern wollen den Staat selbst zum Gegenstand ihrer Herrschaftsgelüste machen. Der gegenwärtige Staat ist so morsch und bietet so viele Angriffspunkte, daß er um kein Haar breit gefestigter wird, durch alle Angriffe auf irgend welche Zukunftstaaten. —

Herr Eugen Richter will nicht zugeben, daß die Zukunftstaats-Debatte, die ihm eine so gute und taktvoll benutzte Gelegenheit bot, seine nationalökonomische Weisheit und seinen kaufmännischen Geschäftssinn zur Geltung zu bringen, eine unwürdige Komödie war, durch welche die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes von den Notheilen betreffs der Militärvorlage abgelenkt werden sollte. Er behauptet heute in seiner „Freisinnigen Zeitung“ mit dem ihm eigenen Unschleibartspathos, Kompromißverhandlungen hätten nicht stattgefunden und sänden nicht statt, die Auflösung des Reichstags sei sicher, und mit der Militärvorlage werde keine Verschleppung getrieben. Herr Eugen Richter sollte es sich genügen lassen, die schmutzige Arbeit der Kapitalisten zu verrichten, — das ist sein Amt und bringt ihm Geld ein, und non olet — der Führer des Freisinn's hat es aber doch in der That nicht nötig, auch die schmutzige Arbeit des Zentrums und der sonstigen Kompromiß- und Geschäftspolitiker zu verrichten. Das könnte er füglich diesen selbst überlassen. Wir wissen auf das positivste, daß Kompromiß-Verhandlungen stattfinden. Wir wissen auch, daß in diesen Kompromiß die Eventualität einer Auflösung eingeschlossen ist. Wir wissen, daß das Zentrum die Unmöglichkeit einer Bewilligung der Militärvorlage in diesem Reichstage eingesehen hat. Wohl ist eine Majorität für die theilweise Bewilligung vorhanden, allein die Mitglieder der Majorität fürchten die Wähler und haben Angst davor, zwei Jahre nach der Bewilligung sich dem Volk zur Wiederwahl anzubieten — das Mandat dieses Reichstags erlischt bekanntlich im Februar 1895. — Man ist deshalb auf einen Zukunftskompromiß verfallen, nämlich auf das Auslungsmittel, die Militärvorlage, nachdem die Verhandlungen möglichst hinausgezogen und die Wähler möglichst ermüdet sind, im Reichstage zu verwerfen, dann gehobenen Hauptes vor die Wähler hinzutreten, sich das Mandat auf fünf Jahre erneuern zu lassen, und im neuen Reichstage die Militärvorlage zu apportiren. Dieser Zukunftskompromiß, zu dem die schmähliche Verschleppung der Kommissionsberatungen gehört, sollte, wie von sozialistischer Seite dem

„Nur Sie!“ rief sie in einem Tone der Enttäuschung aus.

„Ja, nur ich, Tatjana Grigoriwna!“ erwiderte Gregor. „Sie müssen aber nicht verzweifeln, die anderen werden auch bald kommen.“

Sie ging in's Schlafzimmer voran, wo sie ihren Vater — einen schlanken, graubärtigen Mann von ungefähr fünfundsünfzig Jahren — in Gesellschaft eines jungen Herrn von dreißig Jahren trafen; die Sammetjade und die langen, kastanienbraunen Haare desselben verriethen den Künstler. Es war Nicolas Krivoluzh, Professor von einer der höheren Schulen von Petersburg, der ein guter Freund Nepins war.

Nachdem die übliche Begrüßung vorüber war, nahm Krivoluzh die unterbrochene Erzählung über die bevorstehenden Kämpfe zwischen der reaktionären und liberalen Partei in der kaiserlichen Gesellschaft zur Beförderung der Bienenzucht in Rußland, deren Sekretär er war, wieder auf.

Nepin und er schienen sehr vertieft in dieses Thema zu sein und ersterer lachte herzlich über die Kniffe der Reaktionäre, um sich die Majorität für die nächste Präsidentenwahl zu sichern. Die jungen Leute machten einen böstlichen Versuch, Interesse an der Diskussion der älteren Herren zu zeigen.

Sie gingen aber bald in ein Gespräch, welches sie selbst betraf, über. Tanja fragte Gregor, über welche Punkte in der letzten Versammlung des Studentenklubs, bei welcher sie nicht zugegen sein konnte, verhandelt worden sei. Gregor antwortete und fragte dann seinerseits, ob sie den Auszug aus dem Buche vorbereitet habe, über welches sie in der nächsten Zusammenkunft referiren sollte.

„Ja. Es ist aber so abscheulich gerathen, daß ich es wahrscheinlich gar nicht lesen werde. Es thut mir leid, daß ich nicht etwas Leichteres gewählt habe.“

„Aller Anfang ist schwer“, sagte Gregor. „Vielleicht ist es aber nicht so schlecht, als Sie denken. Wollen Sie es mir zeigen?“

„Mit Vergnügen. Sie werden es aber sicherlich ebenso schlecht finden, wie ich.“

(Fortsetzung folgt.)

Reichstag vorgehalten ward, durch die blödsinnige Zukunftstaats-Debatte verhäßt werden.

Die Behauptung des Herrn Richter, die Militärkommission habe geschäftsordnungsgemäß nicht rascher vorgehen können, ist leeres Gerede. Die Majorität hat es auch in der Kommission vollständig in der Gewalt, die Verhandlungen zu beschleunigen und eine Entscheidung über die vorliegende Maßregel sofort herbeizuführen. Wenn die Majorität das in diesem Falle nicht gethan hat, so hat sie es nicht gewollt. Und sie hat es nicht gewollt, weil sie den Kompromiß nicht geht, so ist man auf den Zukunftskompromiß verfallen. Die Wähler seien auf der Hut!

Die Haltung des Abgeordneten Richter befremdet uns nicht. Daß der Mann der Spar-Agnes sich auch zum politischen Agenten der kapitalistischen Parteien berufen fühlt, ist nur logisch und natürlich. —

Die rein-demagogische Tendenz der Konservativen und des Zentrums in ihren Bestrebungen zu Gunsten des „kleinen Mannes“ zeigen sich auch bei der Konkursordnung. Wir haben nichts gegen Vorrichtungen zur Verhütung schwindelhaften Geschäftsbetriebes, nur fürchten wir, daß die Anträge der Konservativen und des Zentrums betreffs der Konkursordnung wenig Abhilfe schaffen werden und mindestens ebenso sehr den Unglücklichen, der nach hartem, ehrlichem Ringen im Konkurrenzkampf erliegt, als den eigentlichen Schwindler und Spekulanten treffen werden. Wollte man dem sogenannten „kleinen“ Mann, dem kleinen Gewerbetreibenden und Handwerker helfen, dann müßte man die Konkursordnung erweitern, daß sie auch ihm zu gute käme. Der kleine Handwerker, der in Schulden geräth, würde sich verhältnismäßig glücklich fühlen, falls er auch alle seine Habe verloren hätte, wenn er wenigstens arbeiten könnte, ohne den Gerichtsvoollzieher Tag für Tag auf dem Nacken zu haben. Zum Konkurs kann er nicht gehen, denn er besitzt nichts, worin die Gläubiger sich theilen könnten oder was wenigstens die Konkurskosten decken könnte; er hat bezahlt, so lange er etwas hatte, und steht schließlich in voller Verschuldung da. Dem Handwerker wenigstens die Erleichterung zu schaffen, daß ihm nunmehr wenigstens das Nothwendigste gelassen werde und er vor dem Gerichtsvollzieher wenigstens so lange Ruhe habe, bis sich seine Verhältnisse derart gebessert haben, daß er auf alte Schulden Abzahlungen machen könne, das wäre eine Wohlthat für den „kleinen“ Mann gewesen. Zu einer solchen Hilfe aber versteigt sich weder die Handwerkerfreundschaft der Agrarier noch des Zentrums. —

Wozu der Aerger? Die Einladung zur Einspruchsversammlung gegen die Wiederzulassung der Jesuiten, die wir gestern bereits theilweise mittheilten und die von 460 evangelischen Männern, hauptsächlich aus Professoren, Konfistorialräthen, Predigern und einigen Beamten a. D. bestehend, unterzeichnet ist, entlammt den Zorn der „Germania“ im höchsten Grade. Es ist allerdings der bloße Konkurrenzneid, der sich in diesen Kundgebungen zeigt, ebenso wie das Bündnis der ultramontanen und evangelischen Feinde nur auf der Furcht beruht, daß den Muckern haben und drüben überhaupt der Boden der Wirksamkeit genommen werden könnte. Wir stehen den Kämpfern der Katholiken und Lutheraner ganz objektiv gegenüber. Wir beurtheilen die Katholiken nach dem Luther'schen Katechismus, und die Evangelischen nach den katholischen Besehrbüchern; und ihre gegenseitigen Schlägereien und Bündnisse bringen uns nur das Sprüchwort von gewissen Parteien, die sich schlagen und vertragen, wieder in Erinnerung. —

Gesetzwidrige Gewohnheiten. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zitiert aus einem Artikel der „Schlesischen Zeitung“ über Differenzgeschäfte ohne Widerspruch folgende Stelle:

„Es giebt gesetzwidrige Gewohnheiten, die kein Gesetz umbildet, denen gegenüber auch das Strafgesetz machtlos ist. Zur Exemplifizierung dessen brauchen wir nur an den Zweitkampf zu erinnern. Noch kein Gesetz hat diese, dem klassischen Alterthum unbekannt gewesene Gewohnheit zu verbannen vermocht.“

Die „gesetzwidrige Gewohnheit“ des Duells besteht eben nur, weil die herrschenden Klassen überhaupt nicht den Willen haben, es zu beseitigen, weil eben die herrschenden Klassen einen Vorzug darin erblicken, sich über das Gesetz hinwegzusetzen, das sie den unteren Klassen, ohne deren Gewohnheiten zu berücksichtigen, unbarmerzig aufzwingen. Das Duell ist in der Gegenwart nur begründet in der Frechheit der herrschenden Klassen. Mit der Ehre hat es nichts zu thun. Wäre die Ehre beim Duell im Spiel, so würde jeder Offizier und Beamte es mit seiner Ehre für unvereinbar halten, das Gesetz, als den Ausfluß der Staatsordnung, zu deren Hüter er gesetzt ist, zu verletzen. In jedem Falle würde ihn die Ehre dazu zwingen, bevor er sich in ein Duell einläßt, seinen Abschied zu nehmen. Den herrschenden Klassen fehlt eben die wirkliche Ehre, und deshalb haben sie sich eine Scheinehre geschaffen, hinter der sich die größte Eiteligkeit verstecken kann. —

Wie die Sonntagsruhe von manchen Unternehmern aufgefaßt wird, zeigt eine Mittheilung der „Verbandsblätter“, des Organs des Verbands deutscher Handlungsgehilfen“. Ein Prinzipal hatte einem Gehilfen verboten, den ganzen Sonntag über das Haus zu verlassen. Der Gehilfe hat hierauf den Prinzipal wegen Freiheitsberaubung gerichtlich belangen wollen, erhielt aber vom Magdeburger Staatsanwalt folgenden Bescheid:

„Indem das Gesetz vom 1. Juni 1891 bestimmt, daß die Handlungsgehilfen und Gehilfinnen an Sonn- und Feiertagen nicht über eine bestimmte Zeit hinaus im Handelsgewerbe beschäftigt werden dürfen, wird damit keineswegs festgesetzt, hat namentlich auch nicht festgesetzt werden sollen, daß den Handlungsgehilfen und Gehilfinnen die freie Verfügung über den Rest der Sonn- und Feiertage gewährt und ihnen ein Anspruch verliehen werden solle, von dem Gewerbetreibenden zu verlangen, daß dieser sie nach ihrem Belieben ausüben lasse. Nach dieser Richtung hin enthält das Gesetz keinerlei Vorschriften. Die begünstigten Verhältnisse zwischen den Gewerbetreibenden und den Gehilfen resp. Gehilfinnen sind daher nach § 103 des Gesetzes vom 1. Juni 1891 Gegenstand freier Uebereinkunft.“

Im R'schen Geschäft besteht nun nach der Aussage der hierüber vernommenen Zeugen die Hausordnung, daß die Gehilfen und Gehilfinnen den p. R. um Erlaubnis zu bitten haben, wenn sie ausgehen wollen. Sie haben vor ihrem Eintritt in das R'sche Geschäft Kenntniß von dieser Hausordnung erhalten und sich derselben unterworfen.

Wenn denselben nun die Erlaubnis anzugucken ver-

sagt ist, so ist zunächst in diesem Verbot überhaupt eine Freiheitsberaubung nicht zu finden. Denn die von dem Verbot Betroffenen hatten es in ihrer Macht, den Ausgang dennoch zu thun, wenn sie die hieraus für ihr Dienstverhältnis entspringenden Folgen tragen wollten. Thatsächlich waren sie an dem Ausgange nicht gehindert.

Wäre aber wirklich darin eine Freiheitsberaubung zu erblicken, so würde dieselbe keinesfalls eine widerrechtliche sein, da der v. R. nach der Hausordnung zur Befragung der fraglichen Erlaubnis befugt war.

Und wollte man sogar annehmen, daß er diese seine Befugnis überschritten habe, so würde er sich damit gleichwohl noch nicht strafällig gemacht haben. Denn immerhin hätte er in vermeintlicher Ausübung seiner Befugnisse gehandelt und würde das Bewußtsein in der ihm vielleicht zur Last fallenden Widerrechtlichkeit nicht gehabt haben. Ohne dies Bewußtsein der Widerrechtlichkeit unterliegt er aber der Bestimmung des § 239 des Straf-Gesetz-Buchs nicht. Ob das Verbot auszugehen von dem Verbot Betroffenen ein Recht zur Lösung ihres Verhältnisses zu v. R. gäbe, das zu untersuchen erübrigt sich für mich. Der kgl. Erste Staatsanwalt.

Wir gehen auf das juristische Element nicht weiter an. Wir wundern uns auch nicht über derartige Behandlung der Gehilfen, wenn sie nicht bloß solche Hausordnungen wie die im R. f. den Geschäft bestehende sich gefallen lassen, sondern sogar in den „Verbandsblättern“ sich von solchen arten Rücksichten gegen den Herrn Prinzipal leiten lassen, daß ein Blatt, welches Organ der Gehilfen sein will, nicht einmal den Namen des Prinzipals nennt, gewiß, um ihn nicht zu blamieren. Der Prinzipal darf beileibe nicht an den Pranger der Deffentlichkeit gestellt werden! Der „Verband Deutscher Handlungsgehilfen“ könnte sonst die Gunst der Prinzipale verlieren. —

Der Zentrumssturm wackelt nicht bloß in Bayern, wie die Wahlen in Kelheim und Kaufbeuren zeigten, sondern auch in Westfalen. Im Wahlkreis Olpe-Meschede ist dem an Stelle des verstorbenen Reichensperger offiziell aufgestellten Zentrumskandidaten Oberrentmeister a. D. Böse zu Münster gegenüber von der ultramontanen Bevölkerung ein anderer Kandidat entgegengesetzt, und zwar in der Person des bekannten Redakteurs der „Westfälischen Volkszeitung“ F. S. Angel. —

In den moralischen Eroberungen, die Deutschland, speziell seine nationalste Partei, in Elb-Lothringen gemacht hat, gehört der nationalliberale Reichstags-Abgeordnete für Straßburg-Land, Vizepräsident Dr. North. Gegen denselben ist wegen betrügerischer Handlungen das Strafverfahren eingeleitet und hat die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages in ihrer heutigen Sitzung einstimmig beschlossen, in diesem Falle von der Immunitätsbestimmung keinen Gebrauch zu machen und dem Reichstage die Genehmigung zur Strafverfolgung zu empfehlen. —

Frankreich. Constance, der sich so aufbringlich als Ketter der Gesellschaft anbot, ist wieder untergetaucht — dafür taucht jetzt mit einem Male ein anderer unheimlicher Name auf: Cavaignac. Der erste Gesellschaftsketter von 1848, der „Junischlächter“ hieß Cavaignac; er „rettete“ die bonnette Republik — für den abenteuernden Schwindler Louis Bonaparte, und das Blut Rehtausender von Proletariern liebte an seinen „christlichen“ Händen. Dieser Cavaignac ist tot, aber sein Sohn, Godefroy Cavaignac, opportunistischer Abgeordneter, benutzte die Radan-Interpellation der Boulangeristen, um sich gestern als Staatsretter aufzuspielen, indem er eine sehr präsenöse Tagesordnung vorschlug und mit sittlichem Pathos begründete, welche korrupte Praktiken aufs schärfste verurtheilt, jedoch ganz allgemein gehalten ist. Diese Tagesordnung wurde — und das ist charakteristisch — von der Regierung angenommen, und von der Kammer mit sehr großer Majorität beschlossen. Eigentlich hätte das Ministerium hiernach einen Sieg erfochten, allein der Feld des Tages ist Cavaignac, den der Boulangerist Deroulde bereits zum Kandidaten für die Präsidentschaft gemacht hat. Offenbar haben wir es hier wieder mit irgend einer faulen Intrigue zu thun. Und Recht hat der neue sozialistische Abgeordnete Jaurès, welcher in der Debatte, kräftig den Standpunkt des Proletariats vertretend, den bürgerlichen Parteien das Wort ins Gesicht schleuderte: nur der Sozialismus kann die Republik vor der Korruption retten. —

Der Panama-Schwindel war für die Unternehmer des Geschäfts so außerordentlich rentabel, daß es als ein Wunder erscheinen mußte, wenn der Gedanke, das Spiel wieder anzufangen und nochmals durchzuspielen, nicht allerhand sinnreichen Leuten gekommen wäre.

Und so hören wir denn auch richtig, daß der Verwalter der Panama-Kontursmasse, Machiconet, im Einvernehmen mit einflussreichen Personen den Plan gefaßt habe, die Arbeiten am Panama-Kanal sofort wieder aufnehmen zu lassen. Es hieß sogar, das Ministerium begünstige den Plan, um für die bevorstehenden Wahlen die aufgeregte öffentliche Meinung etwas zu beruhigen und die betrogenen Aktionäre mit einem Hoffnungs-schimmer zu narren. Wir wissen nicht, wie weit der neue Schwindel gediehen war — aber er war doch etwas zu durchsichtig. Und in der Kammer hat denn auch die Regierung wohl oder übel bereits erklären müssen, daß von einer Wiederaufnahme der Arbeiten und der Gründung einer neuen Panama-Aktiengesellschaft nicht eher die Rede sein kann, als bis die Angelegenheiten der großen Original-Panamagesellschaft reguliert sind. Und die Regulierung besteht in der gerichtlichen Feststellung der Thatsache, daß über anderthalb Milliarden gestohlen sind. Die einzige Frage, die für die betrogenen Aktionäre jetzt noch praktische Bedeutung hat, ist die: läßt sich den Spindeln noch ein Theil der Deute abjagen? Viel sicherlich nicht. —

Der Appellhof der Seine fällt heute sein Urtheil in der Panama-Affäre. Ferdinand v. Lesseps wurde zu 5 Jahren Gefängnis und 3000 Frks. Geldbuße, Charles v. Lesseps zu der gleichen Strafe, Fontane und Cottu je zu 2 Jahren Gefängnis und 3000 Frks. Geldbuße, Eiffel zu 2 Jahren Gefängnis und 2000 Frks. Geldbuße verurtheilt. —

Die französischen Sozialisten halten, gleich den deutschen Sozialisten, außer den allgemeinen Parteikonferenzen auch lokale und provinciale Parteitage (Regional-kongresse) ab. Der letzte war vorigen Sonntag in Roubaix. Er beschäftigte sich hauptsächlich mit Organisationsfragen, die jetzt in Frankreich — erfreulicher Weise — in vorderster Reihe stehen. Bille wurde zum

Wort der sozialistischen Mitgliedschaften des nordöstlichen Frankreich gemacht. —

Die spanischen Republikaner waren bisher in verschiedenen Fraktionen gespalten. Angesichts der bevorstehenden Neuwahlen haben nun sämtliche republikanischen „Führer“ — Pi y Margal, Salmeron u. s. w. — mit ihren hervorragenden Genossen vorige Woche in Madrid eine Konferenz abgehalten, auf der man sich über ein gemeinsames Aktionsprogramm verständigt hat.

Ein Aktionskomitee wurde niedergelegt. Nach dem Sturz der Monarchie soll die Republik proklamiert, eine provisorische Regierung, in der alle Fraktionen der Republikaner vertreten sind, eingesetzt und sofort die Wahl der konstituierenden Cortes, welche die Verfassung auszuarbeiten haben, ausgeschrieben werden. Die Anhänger Jorilla's, der im Auslande leben muß, sind dem Bund beigetreten. Dagegen hat der einst so gefeierte Schönredner Castelar die Platte ins Korn geworfen, was für die Republikaner ein Glück ist. —

Das englische parlamentarische Gewerkschaftskomitee macht bekannt, daß es auf die Abhaltung des Londoner internationalen Kongresses für dieses Jahr verzichtet, und zwar zu Gunsten des Züricher Kongresses, zu dem es selbst vier seiner Mitglieder: J. Wilson, J. H. Wilson, J. Godge und E. Harford senden wird. Wie wir erfahren, sind bei dem Komitee sowohl vom Auslande als auch namentlich von England selbst soviel Tadelresolutionen wegen der Einberufung des Londoner Kongresses eingetroffen, daß dasselbe eine Tiefenblamage voraussetzt, wenn es nicht vorher einlenkt. Nun, guter Rath kommt nie zu spät, und — die Internationalität der Arbeiterschaft hat einen großen Sieg zu verzeichnen. —

Russisches. Im Reich der Krone und der Barbarei folgen sich die Minister und gleichen einander. Selbstverständlich sind sie im Lande des zarischen Absolutismus nichts weiter als die Lakaien „Väterchen“, dessen Wille Gesetz ist. Die vielgepriesene Selbständigkeit des vorigen Finanzministers, des Spekulanten Wjatschenski, war ebensowenig vorhanden, wie etwa ein Unterschied zwischen diesem und seinem Amtsnachfolger Herrn Witte. War aber der erstere, der seine Berufung zum Finanzminister seinen Erfolgen in der Börsenspekulation verdankte, nur ein harmloser Rubelspekulant, so entpuppte sich der letztere als ein internationales Finanzgenie, wie es noch auf keinem europäischen Ministerstuhl gethronet. Dieser Mann ist so naiv zu glauben, daß der Rubel steigen müsse, wenn man dessen Ausfuhr verbiete. Er erließ deshalb an alle russischen Banken ein Zirkular, durch welches er diesen verbot, Rubelendungen nach dem Auslande zu machen, noch Differenzgeschäfte in Rubeln zu enterren. Zuwiderhandlungen sollen mit Entziehung des Reichsbankkontos und eventuell Unterdrückung des betr. Bankgeschäfts geahndet werden. Diese Maßregel zeugt von einer noch grenzenloseren Bornirtheit als die feuerzeitige Hauspekulation des Herrn Wjatschenski, der die Rubel im Auslande aufkaufen ließ und sie einige Monate später mit neuen Rubelscheinen, die er zu dem Zwecke druckte, bezahlte. Dieser jobberte also harmlos auf Basis eines Zeitvorwurfs von wenigen Monaten. Jener aber hält alle Noten mit Polizeigewalt im Inlande fest und — druckt auch neue Rubelscheine. Der naive Herr scheint demnach zu glauben, die Rubel müßten nun steigen, da nur das böse Ausland mit seinen Fiktionen den Mindertwerth des Rubels verschuldet habe.

Daß das Schwanken des Rubels aber lediglich von der Ausdehnung der russischen Papierzirkulation und des auswärtigen Handels bedingt wird, davon scheint der sogenannte Finanzminister — er führt einstweilen noch den bezeichnenden Titel „Reichsverweser“ — keine Ahnung zu haben.

Rußlands Budget schließt gewöhnlich mit einem Ueber-schuß des Exports ab, der in Baarem zu begleichen ist. Wenn der Finanzverweser dem Auslande nun die Beschaffung dieses Baars in Rubeln erschwert, so ist die Folge einfach, daß die Fremden — denn schwerlich werden sie nach Petersburg reisen, um sich die schmutzstarrenden, über-rückenden und bazillenbeladenen Kreditrubel in Person zu holen — Rußland den Rücken kehren und ihren Getreidebedarf von anderswo beziehen. Zum Glück ist Europa ja bereits von Rußland unabhängig. Der Verweser-Spekulant erreicht mit seiner schlaun Maßregel höchstens den Ruin des Handels. Wenn die Götter verderben wollen, dem rauben sie den Verstand. —

Uebrigens ist wieder ein russischer Pump-Ver-such in Sicht. Der „Rubel auf Reisen“ lobt wieder einmal die „Friedlichkeit“ der russischen Politik. Das deutet stets auf akute Geldnoth.

Parlamentarisches.

Die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages hat in ihrer heutigen Sitzung einstimmig beschlossen, dem Reichstage zu empfehlen, die Genehmigung zur Einleitung des gegen den Abg. Dr. North beantragten Strafverfahrens zu erteilen. Die Anklage gegen Dr. North ist aus Artikel 249 und 249b des Handelsgesetzbuches erhoben. —

Die Kommission zur Vorberathung der Wuchergesetz-novelle beendete heute Abend die erste Lesung der Novelle. Ein Antrag der Abgeordneten Frohne und Stadthagen, der bezweckte, die seitens vieler Hauswirthe durch un-mäßige Ausübung ihres Retentionsrechts geübte Praxis unter die Bestimmungen des Wuchergesetzes zu stellen, wurde von allen Parteien sympathisch begrüßt — mit Ausnahme des deutschfreisinnigen Abgeordneten Hornich, der wahrgenommen haben wollte, daß die Wirthe „zahmer“ geworden seien. Die Antragsteller wiesen an zahlreichen Einzelfällen nach, daß das Retentionsrecht zu ungerechtfertigter Steigerung der Miete ausgedeutet und selbst an den nach § 715 der Zivil-Prozess-Ordnung un-pfändbaren Gegenständen in Hamburg und Preußen ausgedeutet sei. Für den Vermietter selbst werthlose Betten, Tische, Stühle, Spinden, die auf der anderen Seite das gesammte Mobiliar bilden, seien retiniert und würden nach leider angemessener Gerichtspraxis in Berlin selbst nach Durchführung der Ermiffion für wenige Mark versteigert. Die Armen-direktion müsse häufig eintreten. Diese Praxis der Berliner Gerichte fand von keiner Seite Billigung, darüber, ob § 715 C. P. O. schon jetzt für Preußen das Retentionsrecht auf die pfändbaren Gegenstände eingeschränkt habe oder ob, wie für Bayern und Sachsen, so auch für Preußen eine partikulärrecht-

liche Regelung nötig erscheine, oder ob die Klinker der Reichs-Gesetzgebung in Anwendung gebracht werden müsse, gingen die Meinungen auseinander. Da die übergroße Mehrheit sich der Ansicht hinneigte, daß der durch harte Geltendmachung des Retentions-rechts Wucher treibende Hauswirth durch die nentlich getrocknete Fassung unter Umständen bereits getroffen werde, daß eine end-gültige Regelung des Retentionsrechts in das Zivilrecht und nicht in diese Novelle gehöre, und daß die vorgeschlagenen Formulierungen besserungsbedürftig seien, zogen die Antragsteller ihre Anträge unter dem Hinweis zurück, daß sie für die zweite Lesung die-selben in anderer Formulierung wieder einbringen würden. Der Versuch der Vorlage, durch das Verlangen nach alljährlicher schriftlicher Rechnungslegung seitens der Geschäftstreibenden einer Verschleierung der Wuchergeschäfte vorzubeugen, kann seinen Zweck nicht erreichen, würde aber das reelle Ge-schäft außerordentlich belasten. Der Vorschlag würde durch bürokratische Mechanismen reelle Geschäftsleute be-lästigen, Wucherer und Lumpen unbehelligt lassen. Der dies-bezügliche Theil der Vorlage wurde deshalb mit allen Stimmen abgelehnt. Die Abänderungsvorschläge scheiterten gleichfalls sämtlich. Als Resultat der ersten Lesung über die Wuchernovelle ist daher zu bezeichnen, daß als Wucher alle Rechtsgeschäfte sollen bestraft werden können, durch die jemand einen zu seiner Leistung in auffälligem Mißverhältnis stehenden Vermögensvortheil durch Ausbeutung der Nothlage eines Mitmenschen sich gewähren läßt. Die von unseren Genossen aufgestellten Forderungen werden in zweiter Kommissionsberatung wiederholt und auch der Vor-schlag auf Errichtung von Laiengerichten zur Entscheidung über die Wucherfragen spezialisiert werden.

Die Kommission zur Vorberathung der lax Helze beriet in ihrer heutigen Sitzung den Vorschlag der Regierung, dem § 184 Str.-G. B. eine neue Fassung zu geben, gelangte aber noch nicht zu Ende der Berathung. § 184 lautet im Ubsatz 1 und 2 in der vorgeschlagenen Form: „Wer unzüchtige Schriften, Abbildungen oder Darstellungen feilhält, verkauft, vertheilt, an Orten, welche dem Publikum zugänglich sind, ausstellt oder anschlägt oder sonst verbreitet, wer sie zur Verbreitung herstellt, oder zum Zwecke der Verbreitung im Besitz hat, ankündigt oder anpreist, oder wer durch Ankündigung in Druckschriften un-züchtige Verbindungen einzuleiten sucht, ingleichen wer an öffentlichen Straßen oder Plätzen Abbildungen oder Dar-stellungen ausstellt oder anschlägt, welche, ohne un-züchtig zu sein, durch gröbliche Verletzung des Scham- und Sittlichkeitsgefühls Mergerniß zu erregen geeignet sind, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Ist die Handlung gewerb-s-mäßig begangen, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten ein, neben welcher auf Geldstrafe bis Eintausendhundert Mark, auf Verlust der bürgerlichen Ehren-rechte sowie auf Zulässigkeit von Polizei-aufsicht erkannt werden kann.“ Die wesentlichen Aenderungen gegenüber dem geltenden Gesetz sind vorstehend durch Sperdruck kenntlich gemacht. Die Zentrumsabgeordneten, die Nationalliberalen und Konservativen haben einige Anträge, welche die Kaufschuldbestimmungen etwas einsengen sollen, eingebracht. Gegen sämtliche Anträge wendeten sich die sozialdemokratischen und der größere Theil der freisinnigen Abgeordneten mit Entschieden-heit. Weber und Stadthagen weisen insbesondere auf das Schwanken der Begriffe „Sittlichkeit“, „Mergerniß zu erregen geeignet“ hin, auf die neue Fassung, bei der statt des alten Polizeiverstehens der Richter den Denker der Gedanken bilden würde. Ist die Bibel in allen Stellen frei davon, als ein Werk erachtet zu werden, das Mergerniß in der gedachten Weise zu erregen geeignet sei? Wie sieht es mit den Klassikern des Alterthums und der Neuzeit, in der Literatur und in der Kunst? Der künstlerische und literarische Geist werde getnebelt und unter Aufsicht gestellt. Museen würden geschlossen werden müssen; wie sieht es mit der Schloßbrücke und ihren bekannten Puppen? Die Anschauungen über Sittlichkeit auf Stadt und Land seien sehr verschieden. Wer kann sagen, was unter allen Umständen unsittlich ist und dergl. Die Bourgeoispreffe stellt sich ein kläg-liches Zeugnis aus, wenn sie von dem Druck, ihre Leser von dem Lesen unzüchtiger Annoncen erst durch das Strafgesetz abgehalten werden müssen: in der sozialdemokratischen Presse sind solche Annoncen unmöglich. Hierzu tritt der mögliche Mißbrauch, der durch Anwendung des § 184 auf poli-tische Bestrebungen getrieben werden könne. Hat doch die sch-änliche Polizei politische und gewerkschaftliche Vorträge als „un-sittliche“, einen Vortrag der Frau Dr. Wetstein in Chemnitz aus dem-selben Grunde in jüngster Zeit verboten. Habe doch selbst der Berliner Polizeipräsident die Aufführung lebender Bilder aus der französischen Revolution „von Sittlichkeit wegen“ vor wenigen Wochen verboten. Wer steht dafür, daß irgend je-mandes Ansicht über Ehe, Familie, Eigentum u. s. w. als gröbliche Sittlichkeitsverletzung judiziert werden würde? Das Gesetz beuge sich auf ein Gebiet, auf dem der Gesetzgeber nichts zu regeln habe. Ist die Bourgeois-Klasse in der That außer Stande, ihre jungen Herren und Damen vor schlüpfriger Retiküre und dergleichen zu schützen, so kann doch der Unfähigkeit der Bourgeois zur Erziehung ihrer Kinder zu liebe nicht Kunst und Literatur getnebelt, die politischen Rechte der Arbeiterschaft auf-gergendet werden. Sei es in der That nothwendig, die Bourgeoisjugend vor „Verführung“ zu schützen, so möge man mit Vorschlägen kommen, welche diesen, aber auch nur diesen Zweck erfüllen. Insbesondere von den Zentrumsabgeordneten Spahn und Stephan wurde betont, daß es durchaus nicht schaden würde, wenn die neuere Kunst und Litteratur durch das Straf-gesetz in andere Richtungen gebracht würde. Abgeordneter Stöcker ist ähnlicher Ansicht, und meint, daß politischer Miß-branch nicht zu befürchten und hält die ausgesprochene Abg-lichkeit, daß die Verbreitung Weberscher Reden als unsittlich be-straft werden könnte, für ausgeschlossen: unsittlich seien die Reden sicher nicht. Die Berathung wird am Freitag Vormittag 10 Uhr fortgesetzt. Vom Zentrum ist folgender die Theaterverhältnisse betreffende neuer Antrag eingebracht: mit Gefängnis bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer öffent-lich theatralische Vorstellungen, Singspiele, Gesangs- oder deklamatorische Vorträge, Schauspielen von Personen oder ähnliche Aufführungen veranstaltet oder ausführt, welche durch gröbliche Verletzung des Scham- und Sittlichkeitsgefühls Mergerniß zu er-regen geeignet sind.

Soziale Ueber-sicht.

An sämtliche Getreideschiffer Deutschlands. Die Kornträger Berlins beabsichtigen, sobald sich die Verhältnisse günstiger gestalten, eine Aenderung des seit dem Jahre 1873 be-stehenden, für sie in hohem Grade ungünstigen Tarifs zu er-wirken. Nöthigenfalls werden sie durch eine Arbeitseinstellung die Unternehmer zu veranlassen suchen, den äußerst geringen Lohn, der kaum das Sattessen gestattet, zu erhöhen. Die Getreideschiffer werden nun aufgefordert, sobald ihre Ladung nach Berlin be-stimmt ist, in ihrem Clofement die bestimmte Siegelzeit auszu-bedingen, damit ihnen kein Nachtheil erwähle. Wir ersuchen gleichzeitig alle Kollegen dies bekannt zu geben, sowie für Fern-haltung des Zugangs zu sorgen. Der Vorstand der Freien Ver-einigung der Getreide-Arbeiter und Speicher-Arbeiter. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck ersucht.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 10. Februar. Opernhaus. Die Geze. Schauspielhaus. Donna Diana. Deutsches Theater. Zwei glückliche Tage. Berliner Theater. Wilhelm Tell. Festung-Theater. Himath. Wallner-Theater. Die Großstadtluft. Kroll's Theater. Mireille. Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen. Residenz-Theater. Gläubiger. — Familie Pont-Biquet. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Gardehufar. Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon. Thomas-Theater. Der böse Geist Ennypaci - Bagabundus. Neues Theater. Baronin Ruth. National-Theater. Deborah. Alexanderplatz-Theater. Mutter-legen, oder: Die neue Fanchon. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Hausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater. Zum 48. Male: Modernes Babylon. Gefangnisse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Couplets theilweise von G. Görs. Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Diefelbe Vorstellung.

American-Theater. Novität! Novität! Der Dussel (Nulpus) Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner. (Klemm - Ede. - Martin Bendix.) Alfred Bender in seinem neuesten Originalvortrag Der Volksmund in Berlin. Blank, der beste Bauchredner. Unhaltender Erfolg. Die Trockenwohner.

Passage-Panoptikum. Neu! Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchen.

Castan's Panoptikum. Hagenbeck's gr. zoolog. Wunder: Lili. kleinfl. lebend. Elefant d. Welt, 90 Zentimeter hoch, 110 Zentimeter lang, 78 Kilo schwer. Tal-za-Wunder-Illusionen-Theater. Grosses Künstler-Konzert. Sämtlich ohne Extra-Entree.

Kaufmann's Variété Am Stadtbahnhof Alexanderplatz. Großartiger Erfolg des neuen Programms. Mr. Hendrik, Auguston, Massias, Clark, Valois, Vanoni, Hurley's, Laurence, Firk u. s. w. Das Theater ist gut geheigt. Anfang Wochentags 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Schiesstand-Würfelbuden. Schnell-Photographie, Regelbahn u. c. Plätze sind in einem gr. Sommerlokal in Woltersdorf a. mehr. Jahre andern. zu verpacken. Gefl. Offerten C. G. 100 Postamt Eckner. 1275b

Circus Renz.

(Karlstraße.) Freitag, den 10. Februar 1893, Abends 7 1/2 Uhr: Auf vielseitiges Verlangen 2. Wiederholung der Gala-Festvorstellung. Großer Fest-Auffug. 1. Reigen der Ritter und Edelknechte. 2. Militärisches Divertissement (Gegenwart). 3. Schluß: Zum 28. Male Ein Künstlerfest. 28. Male. Große Ausstattungs-Pantomime vom Hofballmeister A. Siems. Mit überraschenden Licht- und Wasser-effekten. Auf das Glänzendste in Szene gesetzt v. Direktor Fr. Renz. Großer Blumen-Corso. Ballet von 100 Damen. Grosses Brillant-Feuervork. Morgen, Sonnabend: Ein Künstlerfest. — Sonntag: Zwei Vorstellungen, Nachmittags 4 Uhr (1 Kind frei): Die Touristen. — Abends 7 1/2 Uhr: Ein Künstlerfest. Billet-Vorverkauf an der Zirkusstraße u. beim „Invalidenbank“, Markgrafenstraße 61a. Fr. Renz, Direktor.

Feen-Palast

Burgstraße, neben der Börse. Täglich: Gr. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 Uhr. Entree 50 Pf.

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77-79. Täglich: Germania-Konzert u. Komplet-Sänger sowie Auftreten des musikal. Clowns Mr. Barna und Damen-Imitator Willy Wilson. Gr. Frühstück- u. Mittagstisch. Zwei Säle zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Kegelbahnen. F. Sadtke.

Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz. Täglich: Instrumental-Konzert. Großer Frühstück- u. Mittagstisch. Spezial-Ausflug von Vahrenhofer Lagerbier, hell und dunkel. In Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt. Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten u. c.

Sophastoff-Reste

in Rips, Damast, Crépe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Moquets spottbillig! Proben franko! 8557L Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158. Neue Hofstr. 3. Zahnarzt Cohn. Schmerzlos: Zahnziehen von 1.-2. W. Füllen u. Zahnreparatur. Heilzählung. Poliklinik. 8658L

Nur 1 Mark.

1201b Klagen, Eingaben, Reklamationen. Rath im Civil- und Strafprozeß. Eingehung von Forderungen. Pollak, jetzt Blumenstr. 19 Nr. Auch Sonntags.

Arbeitsmarkt.

Die Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter sucht zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen, erfahrenen, lantionsfähigen Bureau-Beamten, der fähig ist, den Rendanten zu vertreten. Reflektanten, möglichst Mitglieder der gedachten Kasse, wollen Offerten mit Gehaltsansprüchen und Lebenslauf an den Vorstand, Neue Schönhauserstr. 16, Quergeb. I richten. 12735 Carl Thieme, Vorsitzender.

Jalousie-Eisler

selbständiger Arbeiter und zuverlässiger Einseher, wird verlangt Seydelstr. 4. 12185

Sticker

verlangt Woll, Landsbergerstr. 112, NO. Hällerrinnen auf Mohairtücher verl. Wottawa, Brunnenstr. 116b, Seitenfl. II.

Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige Haupt- u. Spezial-Agenten. Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert. Offerten unter O. P. 2 nimmt die Expedition entgegen. 9656*

Ein Männer-Gesangverein wünscht zu Mittwoch von 7 1/2-9 1/2 Uhr Abends einen 1270b

Dirigenten.

Offerten mit Honoraransprüchen an P. Willig, SO. Faldensteinstr. 42 erbeten.

Orts-Krankenkasse der Graveure, Ciseleure etc.

Sonntag, den 12. Februar 1893, Vormittags 9 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung Dresdenerstraße 45. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Assmann: Orts-Krankenkassen-Wesen und freie Arztwahl. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Legitimation ist nicht erforderlich. 1272b Kasper.

Allgem. Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnen-Verein

Berlins und Umgegend. Sonnabend, den 11. Februar, Abends 8 1/2 Uhr:

Mitgliederversammlung

im Lokale des Herrn Lange, Stromstr. 28. 180/10 T. D.: 1. Vortrag von Fr. Baader. 2. Diskussion. 3. Vereinsfachen. Gäste, Herren und Damen, willkommen. Nach der Versammlung: Gesellschaftliches Zusammensein mit Tanz. Die Mitglieder werden ersucht, zu erscheinen. Der Vorstand.

Allg. Braner-Verein.

(Zweigverein der Prov. Brandenburg.) Freitag, den 10. Februar, Abends pünktlich 8 Uhr: Erste diesjährige Monats-Versammlung bei Joël, Andraasstraße 21 (oberer Saal).

Tagesordnung: 1. Vortrag über Konsumtionswesen und Arbeitsverhältnisse. (Referent Koll. Prons.) 2. Jahres-Abrechnung und Bericht der Kassenkontrolleure. 3. Bericht des Vergütungs-Komitees und Abrechnung der Vergütungen. 4. Beschlussfassung über Errichtung einer Zentral-Herberge für Brauergesellen. 5. Innere Vereins-Angelegenheiten. 6. Diskussion. — Da im Januar die Monats-Versammlung ausgefallen ist, ersuchen wir um recht regen Besuch. 1279b Der Vorstand.

Achtung! Former!

Vorläufige Anzeige! Zur Feier des 30. Stiftungsfestes der Frankens- und Sterbekasse des Vereins der Former findet am 25. März ein

Großer Wiener Maskenball

in den Konkordia-Festsälen statt. Alles andere in späteren Inseraten. Die Mitglieder werden gebeten, in der am Sonntag, den 12. d. M., Vorm. 11 Uhr, Gipsstraße 3, stattfindenden General-Versammlung die Billets in Empfang zu nehmen. 1281b Der Vorstand. J. A.: A. Mewes, Drangelstr. 75.

Köpenick.

Sonntag, den 12. Februar 1893, Nachmittags 2 Uhr: Große öffentliche Gewerkschafts-Versammlung im Saale des Restaurant Hirschgarten, Köpenick-Friedrichshagener Chaussee.

Tagesordnung: 1. Vortrag über Nutzen der Gewerkschafts-Organisation. Ref.: Kohlenzer-Verein. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen, insbesondere der Metallarbeiter, ersucht 868/6 Der Einberufer. Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein.

Orts-Krankenkasse der Klempner.

Da die Wahl der am 30. November v. J. gewählten Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer pro 1893 von der Aufsichtsbehörde für ungültig erklärt worden ist, so findet am Sonntag, den 19. Februar d. J., Vorm. 9 Uhr, bei P. o. h., Alte Jakobstr. 75, eine neue Versammlung der großjährigen Mitglieder unserer Kasse behufs Wahl von 100 Vertretern der Arbeitnehmer, und am Mittwoch, den 22. Februar d. J., Abends 8 Uhr, ebendasselbst eine neue Versammlung der Arbeitgeber, welche Beiträge zu unserer Kasse für angemeldete Mitglieder leisten, behufs Wahl von 50 Vertretern statt. Zur ersten Versammlung legitimiert das Quittungsbuch und zu Vertretern der Arbeitgeber können auch Geschäftsführer oder Betriebsbeamte der zu Beiträgen verpflichteten Arbeitgeber gewählt werden. Die Wahlen finden geheim statt. 1282b Der Vorstand.

Metallarbeiter.

Zur Gründung eines Arbeiter-Gesangvereins suchen wir noch einige Kollegen. Besprechung: Sonnabend Abends 9 Uhr bei 1283b Poppe, Stralauer Platz 10/11.

Alte Stiefel gr. Ausw., Reparatur u. Rest. reell u. billig. Runge, Haunstr. 2. 1284b

Achtung! Bauarbeiter! Achtung!

Große öffentliche Versammlung aller Bauarbeiter Berlins u. Umgegend

am Sonntag, den 12. Februar, Vormittags 11 Uhr, in Schaffer's Lokal, Inselstraße 10, II. Tages-Ordnung: 1. Der Streit und seine Bedeutung für die Bauarbeiter. Referenten: Genossen C. Wallenthin und F. Wilke. 2. Diskussion. 3. Bericht der Vertrauensmänner-Revisionen. 4. Anträge aus der Versammlung und Verschiedenes. 128/4 Alle Bauarbeiter, besonders diejenigen, welche Wünsche und Beschwerden in betreff der Gewerkschaftsorganisation zu erledigen haben, sind hierdurch besonders eingeladen. Der Einberufer.

Achtung! Maurer! Achtung!

Sonntag, den 12. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr, in Brodnow's Salon, Sebastianstraße Nr. 39: Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend. 890/10 T. D.: 1. Vortrag über: Lex Heinze. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Jeder Maurer hat Zutritt. Der Vorstand.

Genossenschafts-Bäckerei für Berlin u. U.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.) Wir bringen hiermit zur Kenntniß der Mitglieder, daß die von einem Herrn Krufe für Freitag Abend bei Seefeldt einberufene Versammlung nicht zu verwechseln ist mit der vom Aufsichtsrath geschmächtig einberufenen außerordentlichen Generalversammlung, welche am Sonntag, den 12. cr., Vorm. 1/2 10 Uhr, bei Joël, Andreasstr. 21, stattfindet. Die Berichterstattung des Aufsichtsraths erfolgt in der Versammlung am Sonntag und bitten wir die Mitglieder, erst diesen Bericht abzuwarten. Der Aufsichtsrath. 96/12

Großer Wiener Maskenball

veranstaltet vom 157/20* Gesangverein Kreuzberger Harmonie

Sonnabend, den 11. Februar, Abends 8 Uhr, in den gesammten Räumen der Bockbrauerei, Tempelhofer Berg. Zum Besten der Invaliden der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler etc. Verwaltung Berlin C.

Billets à 50 Pf. sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen und bei folgenden Komiteemitgliedern zu haben: Gähler, Kantstr. 52; Theurich, Poststr. 45, v. 1 Tr.; Seidel, Poststr. 13, S. 2 Tr.; Sage, Rossenerstraße 41, v. 2 Tr.; Krause, Willibaldstr. 34, S. 4 Tr.; Gebatus, Markgrafenstr. 9, Quergeb.; Wittroff, Rossenerstr. 18, S. 4 Tr. bei Bische.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.

Ausstattungen in Mahagoni u. Aufbaum; Küchenmöbel empfiehlt; Preislisten auf Wunsch franco. Berlin S.O., Franz Tutzauer, Spandauerstr. 25.

„Zum Prophet.“

Welthaus für Herren- und Knaben-Garderoben. I. Etage. Am Dönhoffplatz. I. Etage. Ecke Leipziger- und Kommandanten-Straße.

Um zu räumen, kommen zum Ausverkauf ohne Rücksicht auf deren bisherige Preise:

Ein Posten Winter-Valetots	von 8	M. an.
Ein Posten Sand-Valetots f. starke Herren	12	"
Ein Posten Pellerinen-Mäntel	10	"
Ein Posten Hohenzollern-Mäntel	21	"
Ein Posten hochfeine Valetots in Frisé, Montagnac, Düsseldorf, Belour mit Cloth, Stepp- und Seidenfutter	15	"
Ein Posten Kaiser-Mäntel	10	"
Ein Posten kompl. blaue Cheviot-Anzüge	10	"
Ein Posten kompl. feinere Anzüge	15	"
Ein Posten Gehrock-Anzüge, hochfein	26	"
Ein Posten Hosen in Berlin, Ramingarn u. c.	4	"
Ein Posten Nouveauté-Hosen	6	"
Ein Posten Haus- und Jagdjoppen in Loden u. c.	6	"
Ein Posten Interims-Joppen, elegant	8	"
Ein Posten Schlafrocke in Double u. c.	7	"
Ein Posten Schlafrocke in Belour, Frisé u. c.	10	"
Ein Posten Westen, hochfein	1 1/2	"
Ein Posten Knaben-Anzüge, schwere Waare	2 1/2	"
Ein Posten Burschen-Anzüge in Satin, Belour u. c.	5	"
Ein Posten Jünglings-Anzüge in Cheviot, Tuch u. c.	7	"
Ein Posten Knaben-Valetots mit und ohne Pellerine, sowie Hohenzollern-Mäntel zu äußerst billigen Preisen.		

Händler und Wiederverkäufer erhalten auf obige Waaren keinen Rabatt. 8635L

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

40. Sitzung vom 9. Februar 1893, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Bötticher, v. Berlepsch, Nieberding.

Die zweite Beratung des Etats des Reichsamt des Innern wird, beim Titel „Staatssekretär 50 000 M.“ fortgesetzt.

Abg. Müller (nall.): Auch ich habe mit dem Abg. Dr. Hirsch den Wunsch, daß die Zahl der Gewerbe- und Fabrikinspektoren möglichst vermehrt werde, und daß man immer mehr dazu übergehen möge, wirklich Sachverständige, mit dem Fabrikbetriebe vertraute Personen an Stelle von Philologen und sonstigen Theoretikern zu Gewerbe- und Inspektoren zu berufen. Die Anregung des Abg. Wurm, auch Arbeiter zu Fabrikinspektoren zu ernennen, ist nicht neu; ich selbst habe schon vor drei Jahren diese Forderung hier ausgesprochen. Die Verbindung des Fabrikinspektors mit der Dampfessel-Revision halte ich für praktisch. Es wird aber gut sein, daneben die privaten Dampfessel-Revisionsvereine weiter bestehen zu lassen. Daß die Fabrikinspektoren mit dieser Revision überlastet seien, steht im Widerspruch mit der vom Abg. Hirsch gleichzeitig erhobenen Forderung, daß diese Beamten auch noch mit allerlei statistischen Arbeiten befaßt werden sollen. Die Frage des Verkehrs der Inspektoren mit den Arbeitern kann ich nicht im Sinne des Herrn Hirsch beantworten. Ich bin mit Herrn Hirsch der Meinung, daß es nicht wünschenswert ist, wenn die Arbeiter sich nur anonym an den Gewerberath wenden, daß die Gewerbe- und Fabrikinspektoren eine Vertrauensstellung bei den Arbeitern erwerben sollten. Es kommt aber auf die Form an. Herr Wurm hat den Fall in Köln erwähnt; es ist unrichtig, daß der betreffende Verein der Industriellen in Köln eine Veröffentlichung seiner Beschwerde gegen den Gewerbeinspektor vorgenommen hat. Nur durch eine Indiskretion ist das betreffende Privat-Rundschreiben in die „Kölnische Volkszeitung“ gelangt. Die Beschwerde richtete sich auch dagegen, daß der Gewerbeinspektor ein sozialdemokratisches Blatt zu einer für die Arbeiter bestimmten Mittheilung gewählt hatte. Es liegt darin eine Anerkennung der sozialdemokratischen Presse als Organ der Arbeiter, welche wohl nicht in der Absicht der Regierung gelegen ist. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Diese Presse ist die Vertreterin einer Partei, die unsere Gesellschaftsordnung umstoßen will, und diese darf nicht das alleinige Publikationsorgan eines königl. preussischen Beamten sein. Den Industriellen-organen trifft also kein Vorwurf wegen für seine Beschwerde noch dafür, daß die Sache in die Öffentlichkeit gelangt ist. Bei dem Verkehr der Fabrikinspektoren mit der Arbeiterschaft ist weiter zu berücksichtigen, daß die ersteren es nur mit Arbeitern, nicht mit Parteimännern zu thun haben. Herr Hirsch verlangt den regelmäßigen Verkehr der Gewerbe- und Fabrikinspektoren mit den Arbeitervereinigungen; aber diese sind ja traurigerweise in Deutschland meistens Parteivereine, in denen das gewerkschaftliche Element die Lebensader ist. Es ist das der Fall mit allen Fachvereinen, ganz im Gegensatz zu den viel verständigeren Organisationen in England. Es bleibt als unbedingter Verfahrungsbestand, daß die Arbeiter nie und nimmer zu verständigen Organisationen kommen, wenn sie nicht absolut von parteipolitischen Bestrebungen sich befreien. (Zwischenruf bei den Sozialdemokraten.) Wir haben niemals fachverreinliche Organisationen benutzt, um sie für nationalliberale Zwecke zu fruchtbarisieren. (Zwischenruf links: Ihre eigene Wahl!) Das Verlangen nach einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit will Herr Hirsch durch die Arbeiterorganisationen, Herr Hirsch durch die Berufsvereinigungen erfüllt wissen. Ich kann vor solchen Unternehmen nur warnen! Die Gefahr der Simulation würde hier noch schlimmer sein als irgend einem anderen Gebiete der Arbeiterversicherungen. Von der Linken wird in allen Tönen das Lob des Herrn Wörtschöfer in Baden gesungen. Jedenfalls hat es dieser Herr nicht verstanden, sich alseitiges Vertrauen zu erwerben; bei den Arbeitgebern hat er es vielfach verfehlt, weil er in unpraktischer Weise seine sozialpolitischen Pläne verfolgt. Der charakteristische Fall aus Mannheim ist ja wohl noch in aller Erinnerung. Herr Wörtschöfer kam mit dem sozialdemokratischen Redakteur, der öffentlich Klage über die Zustände in einer Fabrik geführt hatte, in die letztere, um auf Grund jener Beschwerden die Fabrik zu revidieren. Das wurde vom Fabrikbesitzer abgelehnt; der Begleiter aber, dem er einen Mantel der Autorität umhängen wollte, war derselbe Herr Händler, der die eigene Arbeiterschaft um 20 000 M. bestohlen hat, der jetzt seiner Verurtheilung harret und schon früher wegen Untreue zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt worden war. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Der Vorwurf gegen den Gewerberath von Mübiger wegen der von ihm verfaßten Arbeitsordnung ist ganz hinfällig. In der Verzögerung der Einführung der Sonntagsruhe wittert Herr Wurm und noch deutlicher der „Vorwärts“ eine absichtliche Verschleppung. Wer den Dingen näher steht und die unendlichen Schwierigkeiten der Ausführungsbestimmungen kennt, wird diese Auffassung für unzutreffend erklären. Ich warne dringend davor, mit Ausführungsbestimmungen vorzugehen, ehe man ihre Ausführbarkeit geprüft hat. Vielleicht könnte man gruppenweise vorgehen; die Ausführungen sollten sich dann aber nicht allzu lange hinziehen. Die Industrie soll geschäftlich werden in ihrer Betriebsfähigkeit und ihrer Konkurrenzfähigkeit, das heißt nichts anderes, als die Arbeiter schützen in ihrer Existenz. Das soll man nicht vergessen. In der Ausdehnung unserer Sozialreformbestrebungen soll man einhalten. Wir müssen erst verdauen, was bisher geleistet worden ist. Die Zahl der Unfälle in der Industrie ist gewachsen, weil jetzt auch alle kleinen Unfälle zur Anzeige kommen. Die schweren Unfälle haben an Zahl ganz bedeutend abgenommen, wobei besonders in Betracht kommt, daß die große Mehrzahl der Berufsvereinigungen Unfallverhütungsvorschriften jetzt erlassen hat und sehr streng handhabt. Dabei spielt die Simulation bei den Unfallsberufungsvereinigungen eine geradezu erschreckende Rolle und ist in stetigem Zunehmen. Die Klagen des Abg. Wurm gegen die Allgemeinheit der Arbeitgeber sind vollständig unbedeutend. Was verschlägt es bei der großen Menge der Arbeitgeber, wenn einzelne große Fehler und Verstöße vorkommen, die auch von uns niemand billigt. Was Herr Wurm von den Sozialdemokraten vorgeworfen wird, ist entsetzt und geradezu aus dem Dammem gesogen. Herr Wurm hat nie gesagt, daß die Arbeiter zur Knechtschaft geboren seien; seine Meinung aber, daß die Organisation der Arbeiterschaft für ganz Deutschland ein Unglück sein würde, theile ich zur Zeit in dem Sinne auch, daß die Organisation der Arbeiter heute zu Tage fördern nichts weiter als den Krieg fördern hiesse. Die Daintessenz der Rede Wurm's war gleich null. Ich habe über die Frage der Arbeiterorganisation schon voriges Jahr mich geäußert. Was ich damals ausführte, hat der „Vorwärts“ gefälscht und entstellt.

Abg. Hartmann (L.): Die Anregungen des Abg. Hirsch bezüglich des Titel VII der Gewerbe-Ordnung sind zum größten Theil verfehlt. Wir müssen erst die Wirkung des Gesetzes von 1891 abwarten. Die Ausführungen des Abg. Wurm waren das Gegentheil von Unbefangenheit und Unparteilichkeit. Herr Wurm sagt, es könne keinen größeren Zuchthausstaat für den Arbeiter geben als Deutschland. Wo und wann hat in irgend einem

Staate der Arbeiter so viel Schutz für Leben und Gesundheit als im Deutschen Reich? (Zustimmung rechts.) Was Herr Wurm sagte, war nichts als eine armenische Retourkutsche auf die früheren Ausführungen des Abg. von Stumm. (Vizepräsident Graf Ballesström erklärt unter großer Heiterkeit des Hauses den Ausdruck „Retourkutsche“ angewendet auf ein Mitglied des Hauses für unparlamentarisch.) Die Fabrikinspektoren sollen nicht etwa Parteigänger des Arbeiters, Freunde des letzteren und Feinde der Arbeitgeber sein, sie sind für beide Parteien da und sollen beiden nützen. Gegen weibliche Assistenten des Gewerbe- und Fabrikinspektors sind wir nicht prinzipiell; im Augenblick ist aber der Bedarf an gehörig ausgebildeten Persönlichkeiten gedeckt und die Frage ist nicht brennend. Das Verlangen, die gesammelten Berichte der Fabrikinspektoren drucken zu lassen, ist schon vor vier Jahren vom Reichstage abgelehnt worden; die Ausführung würde heute noch schwieriger sein als damals. Die Wünsche auf Vermehrung des Fabrikinspektorenpersonals sind in Sachen längst erfüllt; wir sind damit in kräftigster Weise vorangegangen. Sehr erfreulich ist, daß man angefangen hat, auch an der theoretischen Ausbildung der Inspektoren noch besonders zu arbeiten durch Zuziehung dieser Beamten zu Besprechungen im Reichsamt des Innern, durch ihre Theilnahme an Konferenzen im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe und dergleichen. Die Belastung dieser Beamten mit statistischen Arbeiten kann aber durchaus nicht ermindert sein. Wir haben ja auch die Kommission für Arbeiterstatistik, die flott an der Arbeit ist. Die Frage, wie ein Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitern und Fabrikinspektoren herzustellen ist, ist nicht so leicht zu beantworten. An dem gegenwärtigen unbefriedigenden Verhältnis ist zum großen Theile die sozialdemokratische Presse schuld. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls behandelt sie diese Beamten mit Voreingenommenheit, wonicht mit Feindseligkeit. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) In manchen Gegenden wird es kaum anders gemacht werden können, als daß der Fabrikinspektor besondere Sprechstunden, auch am Sonntag, einführt. Schließlich ersucht Redner das Reichsamt des Innern, dafür Sorge zu tragen, daß die gesundheitschädlichen Wirkungen beseitigt werden, welche das Umgehen mit denaturirtem Spiritus erzeugt.

Abg. v. Stumm (Rp.): Ich kann in diesem Hause keine sozialpolitische Rede mehr halten, ohne daß die Sozialdemokraten sie entstellen und mir falsche Behauptungen in den Mund legen. So haben Sie in der letzten Debatte wieder behauptet, ich hätte mich selbst König Stumm genannt, und ich hätte die Richter'sche Broschüre gelobt. (Vizepräsident Baumbach ersucht den Redner zur Sache zu sprechen.) Ganz ähnlicher Art ist die Provokation, welche Herr Hirsch gestern gegen mich verübt, als er mir Mangel an Humanität den Arbeitern gegenüber vorwarf bezüglich der Strafgelehrerstellung. Es ist vielfach geradezu ein Erfordernis der Humanität, mit Strafen vorzugehen, ebenso im Interesse der Bestrauten selbst als ihrer Mitarbeit. Die sonstigen humanen Einrichtungen, welche auf meiner Fabrik getroffen sind, um den Arbeiter vor Mangel zu schützen, hat Herr Hirsch hier nicht erwähnt. Seine Rede war ein Ausfluß des Hasses gegen ein persönliches Verhältnis des Arbeitgebers zu seinen Arbeitern. Wenn der Fabrikinspektor mit den Führern der Fach- oder der Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften in Verbindung treten soll, dann würde er für gewisse politische Vereinigungen, über deren Werth die Meinungen sehr getheilt sind, ganz offiziell Partei ergreifen. Herr Hirsch hat das früher einmal in einem Vortrage selbst zugegeben. Mit all diesen Reden nützt Herr Hirsch lediglich den Sozialdemokraten. Ich gehöre ohnehin nicht zu denen, welche die Sozialdemokratie durch die letzte Debatte vernichtet glauben; aber wenn erst Herr Richter dieselbe vernichtet und darauf Herr Hirsch solche Reden hält, dann sollten wir uns solche Debatten doch lieber schenken. Die Sozialdemokratie reißt die Gesamtheit der Fabrikbesitzer herunter, weil ein Fabrikant in Medienburg sich renitent gegen den Fabrikinspektor gezeigt hat. Was würden Sie sagen, wenn ich behauptete, ebenso wie der Führer der Sozialdemokraten im Saarrevier, ein Herr Emmel, verhaftet worden ist, müßten alle Führer der Sozialdemokratie verhaftet werden? (Zwischenruf bei den Sozialdemokraten.) Herr Wurm verwechselt auch die Zunahme der Unfälle mit der Zunahme der Unfallanzeigen (Kachen bei den Sozialdemokraten); und in solcher Weise wird von den sozialdemokratischen Agitatoren à la Hirsch und Wurm (Oho! links) nachher dem Volke gegenüber die Sozialreform verächtlich gemacht. (Beifall rechts.)

Abg. Hirsch (Dr.): Was ich ganz nebenher über die Strafgelehrer vorgestern sagte, brauchte Herr v. Stumm wirklich nicht als Provokation aufzufassen. Wenn er mir unterstellt, ich ginge darauf aus, den Arbeitern jedes nähere persönliche Verhältnis zu den Arbeitgebern zu verleiden, so ist das vollständig falsch. Ich habe ja gerade für die Arbeiterausschüsse und den direkten Verkehr der Arbeiter mit den Arbeitgebern mich warm ausgesprochen. Es gehört also Vorurtheil oder Verblendung dazu, um meine Ausführungen, so wie es Herr v. Stumm gemacht hat, ins Gegentheil zu verwandeln. Bezüglich der Normal-Arbeitsordnung des Herrn v. Mübiger haben Herr v. Stumm und Herr v. Bötticher meine Beschwerden gänzlich mißverstanden. Ich halte es für ungeschicklich, daß in der Arbeitsordnung vorgeschrieben wird, daß die Arbeiter ihre Legitimationspapiere stets bei sich haben sollen; ebenso ist es nicht im Einklang mit dem Krankenlohn-Gesetz, wenn in der Normal-Arbeitsordnung des Herrn von Mübiger ganz vornean gesagt wird, jeder Arbeiter der Fabrik muß auch der Fabrik-Krankenliste angehören, während das Gesetz ausdrücklich die Mitglieder der freien Kassen von dieser Verpflichtung befreit; Herr Wörtschöfer spricht von der Gefahr der Simulation; er deutet an, daß die Arbeiter sich Unfälle absichtlich zuziehen, um eine Rente zu erschleichen. Alle amtlichen Materialien widersprechen dieser Behauptung des Herrn Wörtschöfer. Gefährlich wird noch immer aus dem Gebiete, daß man zur Bedienung gefährlicher Maschinen noch öfter jugendliche und ungeübte Arbeiter der Billigkeit wegen hinstellt und damit die Unfallgefahr erhöht; in diesem Punkte hat Herr Wurm, der sonst unverantwortlich übertrieben hat, doch recht. Meine Anregung wegen der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit hat in der Kommission für Arbeiterstatistik der Gewerbe- und Fabrikinspektoren begrüßt. Ich kann nur bekunden, daß das Ansehen dieses Beamten in Baden sowohl bei den Arbeitern, wie bei der großen Mehrzahl der Arbeitgeber ein großes und verdient ist und daß es auch durch Angriffe des Herrn Wörtschöfer nicht erschüttert worden ist. Sehr bedauerlich ist die Verzögerung der Durchführung der Sonntagsruhe für die gewerblichen Kreise. Vielleicht aber führt gerade diese Verzögerung dazu, auch noch die Ansichten der Arbeiter über die zu erlassenden Bestimmungen gutachtlich zu hören, damit die bisherige Einseitigkeit vermieden wird. Mit akademischen Reden ist übrigens nicht viel zu erreichen; der Worte sind genug gewechselt, laßt uns nun endlich Thaten sehen! (Beifall links.)

Staatssekretär v. Bötticher: Mit der Sonntagsruhe der industriellen Betriebe liegt die Sache so, daß, nachdem das Material an Gutachten der Einzelregierungen über die Entwürfe zu den Ausführungsbestimmungen eingegangen und verbreitet sein wird, dieselben erst sachverständigem Urtheil unterworfen werden sollen. Der Vorgang bei der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe macht dies zur Nothwendigkeit, um etwas wirklich Praktisches

durch den Bundesrath zu schaffen. Auch wir hegen die Ansicht, diese Vorschriften auch durch Gutachten aus dem Arbeitnehmerstande beurtheilen zu lassen. Die Publikation der Bestimmungen nach einzelnen Gruppen gefordert erfolgen zu lassen, würde ein Hindernis in dem Gesetze selbst finden. Wir würden aber doch die Veröffentlichung und acta vorziehen. Wie die Sache sich vollziehen wird, läßt sich eben im Augenblick noch nicht übersehen. Was die Denaturierung des Spiritus betrifft, so ist es irrig anzunehmen, daß die dazu verwendeten Mittel, Holzgeist und Pyridinbasen, an sich eine vergiftende Wirkung ausüben. Jedenfalls sind sie unter den in Betracht kommenden Mitteln die unschädlichsten; sie führen zwar vorübergehend zu Athmungsbeschwerden und Kopfschmerzen bei den damit beschäftigten Arbeitern, haben aber keine bleibend nachtheiligen Wirkungen, wie Koch und Gaffly übereinstimmend ausführen. Die Versuche bezüglich eines geeigneteren Mittels werden fortgesetzt und hoffentlich den Erfolg haben, daß auch vorübergehende Irritationen bei den damit Beschäftigten nicht mehr vorkommen. Wenn Herr Wurm den Bericht der Fabrikinspektoren eine Anklageschrift gegen das Unternehmertum nennt, so können doch im Reichstage solche Superlative nicht verfangen; aus dem Bericht ergibt sich vielmehr ein schönes Zeugniß für das fortgesetzte Wohlwollen, welches der deutsche Unternehmer dem Arbeiter entgegenbringt. (Beifall.) Damit sind die vorgekommenen Mißbräuche nicht entschuldigt; diese verurtheilt niemand schärfer als wir. Mit solchen Exclamationen bessert man aber die Zustände nicht! (Beifall.)

Abg. Wurm (Soz.): Wir glauben gerade, daß dadurch, daß wir der Zeit den Spiegel vorhalten und durchaus nicht schön färben, auch nicht jene zarle Sanftmuth und Geduld besitzen, wie der Abg. Hirsch, die Wohlfahrt der Arbeiter am meisten befördert wird. Und die Thatfachen sprechen für uns. Denn so lange bloß die sanften Flüsterne angeschlagen worden sind, ist für die Arbeiter nicht viel geschehen; erst nachdem die Sozialdemokraten mit schärferer Tonart ihren Einzug hielten, hörte man von den großen Ausgaben des Unternehmertums für seine Arbeiter, und daß sie von Wohlwollen überfließen. Aber nur immer langsam voran. Nur immer einen kleinen Schritt vorwärts, und wenn es irgend gelingt, dann wieder ein bischen rückwärts. Ich erinnere nur an das Koalitionsrecht. Wenn gefragt wird, wir hätten Gist herausgegeben und die Berichte der Fabrikinspektoren Anklageschriften genannt, so ist das eben Ansichtssache. So lange die Sozialdemokraten hier im Reichstage vorhanden sind, werden sie in der Weise, wie ich es gethan habe, nicht sich dazu hergeben, die einzelnen kleinen Gefälligkeiten, die das Unternehmertum den Arbeitern gewährt, zu loben, sondern auch darauf hinweisen, wo die großen Uebelstände vorhanden sind. Daß in den Fabriken Uebelstände bestehen, kann nur derjenige bestreiten, der meint, der Arbeiter habe überhaupt nichts zu fordern, sondern nur alles als Gnade zu empfangen. Wenn die Herren Wohlthäter-Einrichtungen treffen, so thun sie es nach eigenem Eingeständniß nicht im Interesse der Arbeiter, sondern um sie festhaft zu machen, sie dadurch an sich zu fesseln. Solche vom Klassenegoismus eingegebenen Maßnahmen können wir doch nicht loben. Herr Müller stellt in Abrede, daß die Nationalliberalen die Arbeiter zu politischen Zwecken mißbrauchen. Sind denn die Arbeiter in Herrn Müller's Wahlkreise alle nationalliberal? Die Wahlprüfungs-Kommission hat ja gerade, weil die Arbeiter zu stark beeinflusst erschienen, die Ungültigkeit seiner Wahl beantragt. Die Fälschung, welche sich der „Vorwärts“ in bezug auf Äußerungen des Abg. Müller hat zu schulden kommen lassen sollen, beruht auf einem Irrthum des Parlamentsberichts, welcher aus derselben Quelle stammt, wie der Bericht der „Vossischen Zeitung“. So wird alles, was wir thun, vom einseitigsten Standpunkt betrachtet. Eine Verflüchtigung ist nicht möglich, es handelt sich um Macht gegen Macht und die Arbeiter müssen sich organisieren. Im Bericht Wörtschöfer's heißt es, daß von seiten der Arbeitgeber mehr als früher Anstrengungen gemacht werden, die Organisation der Arbeiter zu verhindern. Was den Fall Händler in Mannheim betrifft, so sollten die, welche im Bochumer Glashause sitzen, am wenigsten mit Steinen werfen. Herr Emmel ist bereits wieder freigelassen (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), also muß es mit der Anklage nicht weit her sein. Was würden Sie sagen, wenn wir bei Ihnen derartige Fälle verallgemeinerten? Wir predigen nicht, daß wir wollen die Menschenliebe; so lange aber nicht gezeigt ist, wie die Dinge sich wirklich abspielen, wird mit den Verflüchtigungsmedien des Herrn Hirsch nichts ausgerichtet. Von thatsächlichen Widerlegungen habe ich in der Rede des Abg. Müller nichts gefunden. Er selbst giebt zu, daß sich in Jwidau ein Fabrikinspektor über eine Bundesrathsverfügung hinweggesetzt hat. Wir agitierten durchaus nicht gegen das Institut der Fabrikinspektoren, wir sind ja die Väter dieser Institution. Abg. Bebel hat bereits vor 25 Jahren einen dahin gehenden Antrag gestellt und in langem, schwerem Kampfe haben wir es Ihnen abgerungen. Wir bemängeln die geradezu blamable, laffehafte Dirrigkeit der sächsischen Verichte, aber wir würden jede Summe zum Ausbau dieser Institution bewilligen. Schaffen Sie doch nationalliberale Arbeiterblätter, wenn Sie nicht wollen, daß die Arbeiter sich mit ihren Beschwerden an die sozialdemokratischen Arbeiterblätter wenden! Wenn ein Fabrikinspektor ein solches liest, erkennen Sie darin eine amtliche Anerkennung der Sozialdemokratie. Warum lesen Sie nicht die Anerkennung seitens der Sozialdemokratie heraus, daß die Fabrikinspektoren nützliche und notwendige Beamte sind? Mit dem Streik im Saarrevier haben wir nichts zu thun gehabt. Wir haben denselben von vornherein für aussichtslos erklärt, kein offizieller Vertreter der Sozialdemokratie ist dabei irgendwie betheilig gewesen. Warum sind die Drahtgitter zum Schutze der Weber gegen das Herauspringen der Webschützen nicht obligatorisch überall eingeführt, wenn sie Sicherheit gewähren? Das ist aber nicht der Fall. In Gera sind erst kürzlich wieder drei Arbeiter durch herausspringende Webschützen getödtet, einer verletzt worden. Wenn Sie immer so arbeiterfreundlich sind, sollten Sie unsere Anträge annehmen, daß die Webschützen in größerer Entfernung von einander aufgestellt werden. Die Arbeiter würden Vertrauen zu den Fabrikinspektoren gewinnen, wenn diese die Arbeiterblätter lesen, in denen sie ihre Beschwerden zum Ausdruck bringen, und wenn daraufhin sofort in den Fabriken eingeschritten würde. Wenn aber solche Veröffentlichungen geschehen, dann heißt es, wir hätten Unwahrheiten verbreitet. Die Fabrikinspektoren kümmern sich gar nicht um die Arbeiterblätter und sollen sich auch nach der hier vorgetragenen Auffassung gar nicht um dieselben kümmern. Liebe und Vertrauen kann man nicht mit dem Knotenstock einprägen. Die Arbeiter werden genahert, wenn sie Uebelstände aus der Fabrik in die Öffentlichkeit bringen, und das wird als gutes Recht der Arbeitgeber bezeichnet. Abg. Hartmann meinte, der Arbeitgeber könnte ja den Arbeiter entlassen, dessen Nase ihm nicht gefiele. (Abg. Hartmann: Nein! Umgekehrt!) Wenn ein Arbeiter entlassen wird, weil er von seinem gesetzlichen Rechte Gebrauch macht, so ist das eine Verhöhnung der Gesetze. Die Arbeiter erkennen immer mehr, daß ihnen freiwillig nicht gewährt wird, und daß sie nur durch Zusammenschluß etwas erreichen. Sie hier betrachten es als persönliche Beleidigung, wenn die Sünden der Arbeitgeber aufgedeckt werden; wir aber halten es für unsere Aufgabe und für sehr richtig, solche Verhältnisse zur Kenntniß der weiteren Kreise zu bringen.

Nach einer kurzen Replik des Abg. Hartmann hält Abg. Müller seine frühere Behauptung, Burns hätte sich sehr ungünstig über die deutsche Sozialdemokratie geäußert, aufrecht. Vor 8 Tagen habe sich in Bochum eine Versammlung von 3000 Arbeitern unter sozialdemokratischer Führung auch dafür ausgesprochen, daß man die Frau zur Bewegung heranziehen müsse, ein Beweis, daß der Streik von den Sozialdemokraten provoziert worden sei.

Abg. Weber erwidert, daß Burns ihm persönlich, in Gegenwart von 10 Zeugen gesagt habe, er habe in der angelegenen Zeitung die verschiedene Art der Zerküftung seiner Freunde auf dem Kontinent auf verschiedene Verhältnisse dieser Länder zurückgeführt. Es sei ihm nie eingefallen, eine für die deutsche Sozialdemokratie beleidigende Äußerung zu thun. Es bleibt also nur die Alternative: Entweder hat Burns gelogen oder Herr Müller hat die Unwahrheit gesagt. Allerdings hat eine Bochumer Versammlung die Teilnahme der Frauen an der Bewegung gefordert. Das ist aber kein Fehler. Ich kann versichern: Wären wir über den Streik im Saarrevier vorher gefragt worden, wir würden davon abgerathen haben.

Abg. Müller hält an seiner Behauptung bezüglich Burns' fest, dessen Äußerungen am selben Tage niedergeschrieben seien; die von Weber zitierten Äußerungen seien 8 Jahre später gethan worden.

Abg. Singer: Wir glauben der Versicherung von Burns mehr als der Müller.

Abg. von Stumm weist darauf hin, daß Emmel im Saarrevier als Agent der Partei gewirkt und den Streik unterstützt habe.

Abg. Singer bestritt das auf das entschiedenste. Emmel habe weiter nichts gethan, als Gelder zur Unterstützung der abgelegten Bergarbeiter zu sammeln. Das könne ihm und der Sozialdemokratie nur zur Ehre gereichen.

Abg. Samhammer (ntl.) wünscht eine Erweiterung des Reichsgesetzes betreffend den Schutz von Photographien mit Rücksicht auf die in der letzten Zeit gemachten Erfindungen und Verwickelungen.

Staatssekretär von Büttcher: Die Sache interessiert nicht nur das Reichsamt des Innern, sondern auch das Reichsjustizamt. Zur Zeit schweben hierüber noch die Verhandlungen und es werden die erforderlichen Gutachten eingeholt werden.

Hierauf wird um 5 1/2 Uhr die weitere Beratung auf Freitag 1 Uhr vertagt.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung am Donnerstag, den 9. Februar, Nachmittags 6 Uhr.

Der Stadtv. Tempelin ist gestorben. Sein Andenken wird in üblicher Weise geehrt.

Vor der Tagesordnung erklärt Stadtbaurath Plankenstein: Ich habe vor acht Tagen geäußert, daß man sich durch die Zeitungsausstellungen und den durch sie mitgetheilten Bericht des Branddirektors Studie über den Markthallenbrand nicht erschrecken dürfe; der betr. Bericht hat aber den amtlichen Bericht wohl schwerlich gelesen. Durch die letztere Äußerung fühlt sich der Schriftsteller Vange beleidigt; er theilt mir mit, daß durch seine Korrespondenz der amtliche Bericht den Zeitungen mitgetheilt sei, und verlangt Nichtsichtigung der Sache von mir. Ich komme dem gern nach, bemerke aber, daß der betr. Bericht Sonnabend Abend in den Zeitungen stand, während er frühestens Sonnabend morgen geschrieben sein konnte. Dieser Zwischenraum läßt meine damaligen Zweifel doch einigermaßen berechtigt erscheinen.

Der von den sozialdemokratischen Stadtv. Borgmann u. Gen. eingebrachte Antrag:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, die von ihm beschäftigten Hoch- und Tiefbau-Unternehmer, sowie die mit Straßenanlagen und Pflasterungen beauftragten Unternehmer zu veranlassen, daß vom 1. April d. J. ab Einrichtungen auf den Arbeitsplätzen getroffen werden, bei denen es den von den Unternehmern beschäftigten Arbeitern ermöglicht wird, die Arbeitspausen in geschlossenen Räumen zuzubringen.

Es sei dem niedergeschriebenen Ausschuss mit allen gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Mitglieder Bruns und Bernau abgelehnt worden. Der Ausschuss schlägt vor, in Erwägung, daß bei den städtischen Bauten schon bisher in entsprechender Weise für die Unterbringung der Arbeiter während der Ruhepausen, wo dies möglich war, gesorgt worden ist und dies auch ferner geschehen wird, die städtische Verwaltung auf die Ausführung der Privatbauten aber keinen Einfluss hat,

über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Die Ausschussmajorität sieht es als Thatsache an, daß jedes größere Baugeschäft Einrichtungen trifft, mit denen die Arbeiter bei nicht übermäßig hohen Ansprüchen zufrieden sein können; die Bauenden seien zwar nicht tapazirt, aber gut gefügt und mit Dachpappe eingedeckt, und gewähren der ganzen Anzahl der bei dem betr. Bau beschäftigten Arbeiter den zur Einnahme der Mahlzeiten erforderlichen Platz. Zur Ausnahme der Frauen und sonstigen Angehörigen der Arbeiter, sowie zum Liegen für alle Arbeiter sei darin freilich kein Platz; das könne aber auch wohl nicht verlangt werden. Anlaß zu Klagen wäre höchstens vorhanden bei Bauausführungen, welche von Gesellen unternommen werden, denen die Mittel fehlten, nach dieser Richtung Vorkehrung zu treffen. In den Ämtern der städtischen Bauverwaltung habe sich auch nicht eine einzige derartige Klage der Bauarbeiter ermitteln lassen, und es scheint fast, als ob auch hier von ferner stehender Seite die Anregung zur Unzufriedenheit gegeben würde. Schließlich verwerthet der Ausschuss auch noch die Möglichkeit, daß die Stadt, wenn sie ihren Unternehmern bezüglich der Bauenden lästige Bedingungen auferlegen wollte, die Privatunternehmer indirekt zwingen würde, ihrem Beispiele zu folgen, und beweist, ob die daraus unvermeidlich folgende allgemeine Vertheuerung der Bauten im Interesse der Arbeiter liege.

Stadtv. Bernau: Ich empfehle die Ablehnung des Ausschussantrages und die Annahme des unsrigen. Sie würden sich im Irrthum befinden, wenn Sie glauben, der Ausschuss hat in erster Reihe die Sache geprüft. (Große Unruhe; Vorleser Langerhans rügt diese Äußerung.) Ihre Kenntniß haben Sie doch nur aus den stenographischen Berichten und aus dem gedruckten Ausschuss-Bericht und haben sich danach bereits Ihre Meinung gebildet. Mit ganz nichtigsten Gründen sucht man diese für die Arbeiterwelt so wichtige Frage aus der Welt zu bringen. Was soll es denn heißen, wenn hier gesagt wird, es würden die Bauten vertheuert werden und die Arbeiter würden indirekt Schaden daran haben? Ersteres zugegeben, so stehen wir doch auf dem Standpunkte, wenn Sie für Empfangsfeierlichkeiten (Unruhe und: Sehr richtig!) Taufende von Mark auf die Straße werfen, dann wären diese Taufende doch besser angebracht, wenn sie nach dieser Richtung ausgegeben werden. Es waren aber hauptsächlich die Gründe der Herren Stadtbauräthe, welche im Ausschuss zur Ablehnung führten. Diese machten die Unbequemlichkeit geltend, die daraus entsteht, wenn man den städtischen Unternehmern derartige Bedingungen auferlegt. Herr Düse hatte noch in erster Lesung einen berechtigten Kern in unserem Antrage entdeckt, hat aber dann auch für Ablehnung gestimmt. Herr Esmann fürchtete, es könnten nun auch die Läufer u. s. w. kommen; er nahm das zwar später zurück, führte dann aber die alten kläglichsten Argumente vor, daß die Bretterbude der Fachwerksbude vor-

zuziehen sei, weil letztere lüster und ungesünder wäre. Nun wollten wir ja aber gerade Erwärmung der Buden ermöglichen. Die gemauerte erwärmte Fachwerksbude ist doch der Bretterbude vorzuziehen. Dann hieß es, die Arbeiter nehmen ihr Essen nicht gern in den Buben ein, um nicht die anderen in den Essenslopf gucken zu lassen, was die Frau gelocht habe. Diese falsche Scham haben die Arbeiter längst abgelegt (Widerpruch); sie wissen lange, daß an den schlechten Verhältnissen, unter denen sie leiden, nicht sie selbst schuld sind, sondern der Kapitalismus (Unruhe). Der freisinnige Führer im Reichstage wirft uns vor, wir wollten die Familie zerschellen; durch Ihre Haltung zu unserem Antrage thun Sie gerade das, was Sie uns vorwerfen. Herr Esmann hat uns seine wahren Motive verrathen; er sprach gegen den Antrag aus sozialpolitischen Gründen: Wenn man die Arbeiter zusammensetzt in eine warme Bubenbude, dann würden sie erst recht gegen die Arbeitgeber konspirieren. Das werden sich die Arbeiter merken. Die Nothwendigkeit stellt sich immer mehr heraus, daß die Arbeiter sich, wenn sie Beschwerden haben, nicht mehr hier um Remedur bemühen, sondern sofort an die richtige Stelle gehen. Wir legen Ihnen aber doch nochmals die Frage vor, ob Sie nicht besser thäten, unsere Anträge anzunehmen. Man muß praktisch die Dinge durchgemacht haben, mit Lachen sind diese Mißstände nicht zu beseitigen.

Stadtv. Baumgarten: Der Kern des Antrages ist der, daß die Arbeiter bequem ihr Mittagsschlässchen halten können. Das gönne ich ihnen, aber der Antrag ist deshalb nicht unbedenklich, weil der Magistrat aufgefordert werden soll, in das Verhältniß zwischen Unternehmer und Arbeiter während der Ruhepausen einzugreifen. Soll denn der Magistrat sich auch etwa an die Polizei wenden, um dem Antrag Nachdruck zu geben? Wir haben doch nachgerade Polizei genug. In keinem Paragraphen der Gewerbe-Ordnung ist darauf hingedeutet, daß der Bauarbeiter sein Mittagsschlässchen ungestört in einer Bubenbude abhalten kann. Der Antrag ist nur ein Glied in der Kette der Anträge, durch welche Sie den Arbeitern draußen zeigen wollen, wie Sie hier ganz besonders das Arbeiterinteresse wahrnehmen. Damit verlegen Sie aber die Vorschriften, auf deren Grund Sie hier stehen. Was würden Sie sagen, wenn die Hausbesitzer, die hier in der Versammlung kraft Gesetzes sitzen, ihre Spezialinteressen besonders vertreten würden? (Zwischenrufe.) Das ist nie geschehen (Widerpruch), und deshalb sind die Hausbesitzer-Vereine mit uns oft sehr unzufrieden.

Stadtv. Singer: Ich hätte doch den Wunsch, daß die Sympathie des Vorredners für die Arbeiter sich etwas weniger platonisch äußern möchte. Wenn er uns gegenüber die Hauseigentümer aufspielt, so muß ich ihm einiges erwidern, was ich um so leichter thun kann, als die veraltete und unfürmige Bestimmung der Städte-Ordnung auch mich in die Lage gebracht hat, wenigstens als ein Stückchen Hausbesitzer hier gelten zu können. Ich bin 1/10-Eigentümer eines Berliner Grundstücks, war aber so vorsichtig, mich bei einem Grundstück eintragen zu lassen, welches nicht nur keinen Ertrag bringt, sondern Verlust hat, jedoch ich nach dieser Richtung absolut reinlich vor der Versammlung dastehende. Wenn nun behauptet wird, daß die Hausbesitzer hier ihre Interessen nicht vertreten, so darf ich doch wohl an den Sturm der Entrüstung erinnern, der sich alljährlich erhebt, wenn der Magistrat es wagt, die Kanalisationsabgabe auch nur um ein kleines zu erhöhen (Lärm); ich darf auch wohl an die Episode mit den Gaszählern und Wassermessern erinnern. Wer in einem Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen nach andere werfen. Herr Baumgarten hält dafür, daß dem Magistrat die Gewerbe-Ordnung hinderlich ist, um auf unsern Antrag einzugehen. § 120 a verpflichtet aber ausdrücklich den Unternehmer, die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regulieren, daß die Arbeiter gegen Gefahr für Leben und Gesundheit so weit geschützt sind, wie die Natur des Betriebes es gestattet. Unsere Anforderung ist also gerade in der Gewerbe-Ordnung bereits verbrieft, und nur die Gerissenlosigkeit in weiten Kreisen des Unternehmertums und der Scham, den diese vielfach bei der Ueberwachung durch diese Aufsichtsbehörden findet, hat zur Folge gehabt, daß von Polizei wegen bis jetzt diese Einrichtungen nicht getroffen sind. Das es eine Gefährdung der Gesundheit der Arbeiter ist, wenn man sie bei Wind und Wetter auf offener Straße lampiren läßt, wird selbst Herr Baumgarten nicht bestreiten. Das "Mittagsschlässchen" ist einer jener billigen Wiße, die nicht ernsthaft behandelt zu werden verdienen. Herr Baumgarten hat sich vergebliche Mühe gegeben, die eigentlichen Gründe der Ausschussmajorität zu verschleiern. Das Protokoll sagt ja ganz deutlich, daß, wenn die Verwaltung ihren Unternehmern lästige Bedingungen auferlegen wollte, sie die privaten Bau-Unternehmer indirekt zwingen würde, diesem Beispiele zu folgen. Das ist es! Es ist die Scham, dem Kapitalismus auch nur die geringsten Opfer aufzuerlegen, ihn auch nur im allergeringsten in eine unbehagliche Position zu bringen, was Sie daran hindert, auf unsere Anträge einzugehen. (Große Unruhe und Lachen.) Wie so oft schon kann ich mich auf Bundesgenossen aus Ihrem Lager berufen. Aus den Zeitungen wissen Sie ja, daß wir in den letzten Tagen im Reichstage total vernichtet worden sind (Widerprüfend: Sehr richtig!), wir sind todt, und es ist nur verwunderlich, daß wir noch vor Ihnen leben. Herr Richter hat an dieser Verurteilung einen erheblichen Theil für sich in Anspruch genommen (Gebolte Zurufe); seine Rede wird ja wohl auch, wie schon so manche ähnliche Arbeit von ihm, verbreitet werden — ich erkläre, wir haben uns in keinem Moment lebendiger gefühlt, als dann, wenn Sie uns angeblich todtgeschlagen haben. (Gelächter.) Nun sollten Sie doch Ihrem fähigen Richter (Große fortgesetzte Unruhe und Lärm! Bubenbuden!) — wenigstens in einem Punkte folgen (Fortdauernde Zwischenrufe: Bubenbuden!) Ich komme sofort darauf. Herr Richter: ... (Erneuter anhaltender Lärm) ... Wenn Ihnen der Name Richter so unangenehm ist (Lärm: Nein, aber Ihnen!) ... Herr Richter hat in einer seiner Reden ein rührendes Strophenidyll geschrieben: ein Arbeiter sitzt auf der Straße am Kinnstein, dabei die Frau, welche ihm das Essen gebracht hat, umspielt von dem Kinde, welches die Frau mitgebracht hat, dieses Idyll sollte beweisen, daß der Familienstolz in der Arbeiterklasse so ausgeprägt ist, daß sie selbst ... (Stürmische Unterbrechung; Vorleser Langerhans erklärt diese Ausführungen für nicht zur Sache gehörig.) Ich will mit dieser Ausführung sagen: Die Versammlung würde das Familienleben der Arbeiter, für welches sie solche Sympathie zu haben behauptet, fördern, wenn sie sie aus dem schamlosen und unwürdigen Zustand erlöste, ihr Mittagbrot auf offener Straße einnehmen zu müssen. Das verlangen wir, sind aber außerdem der Meinung, daß für Räume gesorgt werden muß, in denen die Arbeiter während der Arbeitspausen nicht den Unbilden der Witterung ausgesetzt sind. Diese Forderung ist finanziell von so minimaler Bedeutung, daß darauf gar kein Gewicht gelegt werden kann. Wenn der Vorschlag die Bauten vertheuert und die Miethen steigern und schließlich die Arbeiter zwingen soll, theurer zu wohnen, so bin ich fast überzeugt, Sie glauben an diesen Einwand selbst nicht. Die ganze Anforderung ist so bescheiden, daß man sich nur darüber wundern kann, daß Sie sie ablehnen. Wer die erwähnten Gegenausführungen gemacht hat, hätte ich, auch ohne daß Herr Bernau die Namen genannt hätte, vorher gemußt. Das Protokoll verweist höhnisch darauf, daß Bubenbuden vorhanden sind, die allerdings nicht "tapazirt" sind. Wir haben das Letztere auch nicht verlangt; aber gerade solche Ausführungen müssen bei den Arbeitern das Gefühl der Entwürdigung hervorrufen. Sie imputieren ihnen hier, daß sie etwas verlangen, was sie nicht einmal in ihrer Privatwohnung haben; denn die meisten sind durch ihre wirtschaftliche Lage verhindert, sich Wohnungen zu mieten, die tapazirt sind. (Großer Lärm und Widerpruch.) Sehen Sie sich die Wohnungen im vierten Stock der Hinterhäuser an! Auch wird

es im Protokoll so dargestellt, als ob diese Forderung wie ähnliche von fremder, den Arbeitern fernstehender Seite lediglich zum Zwecke der Agitation in die Arbeiterkreise hineingetragen wird. Das ist eine direkte Entstellung der wirklichen Verhältnisse. (Stadtvorordneter-Vorleser Langerhans erklärt den Ausdruck "Entstellung" für unstatthaft und unbedeutend.) Dann behauerte ich nur, daß das Verständnis der wirklichen Verhältnisse bei der Ausschussmehrheit so gering ist (Lärm). Unser Antrag enthält also weder finanziell, noch sozialpolitisch eine Forderung von Bedeutung; er ist lediglich ein Versuch, Mißstände abzuheben. Sie werden auch diesen Antrag ablehnen, aber das Gefühl, von dem Sie sich dabei leiten lassen, verräth eine außerordentliche Schwäche. Herr Baumgarten sagt uns, wir wollten mit derartigen Anträgen den Arbeitern draußen zeigen, was wir ihnen hier nützen können (Sehr richtig!). Nun, dann nehmen Sie uns doch den Wind aus den Segeln, richten Sie die Sachen, die wir fordern, ein und umhüllen Sie Ihre Entschliezung mit dem Glorionschein, eine Arbeiterforderung bewilligt zu haben. Machen Sie sich die Anregung zu nütze, wir sind Ihnen darum nicht böse. Aber Sie haben Sympathie für die Arbeiter nur mit schönen Worten (Lärm); wo es die That gilt, sind Sie Gegner auch der bescheidensten Forderungen!

Stadtv. Reichnow: Wenn der Gegenstand in dieser Weise auf ein ganz fremdes Gebiet hinübergespielt wird, so ist es schwer, sachlich darauf zu antworten. Der Ausschuss konnte unmöglich sich mit den Privatunternehmern befassen, dazu hätten sich die Antragsteller direkt an die Polizei wenden müssen. Es handelt sich nur um die städtischen Bauten, da sind Bubenbuden durchweg vorhanden. Die unverheirateten Maurer benutzen die Bubenbuden zum Essen überhaupt nicht. Auf keinen Privatbauenden läßt sich häufig eine Bubenbude gar nicht errichten. Sie lösen die Frage mit Ihren allgemeinen Nebenarten auch nicht. Wenn Sie so fortfahren, Mitglieder der Ausschüsse zu verdächtigen, so wird es besser sein, jedesmal einen Ausschuss von 15 Sozialdemokraten zu wählen, dann sind die Herren unter sich. (Lärm: Wird uns sehr angenehm sein!)

Damit schließt die Debatte. Nach dem Schlusswort des Referenten Stadtv. Bergemann wird der Ausschussantrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

In die Waisenverwaltung wird Stadtv. Wenzel mit 66 von 93 gültigen Stimmen gewählt; Stadtv. Herzfeld erhält 23, Stadtv. Raft 4 Stimmen.

Ueber das neue Regulativ für die Gemeinde-Krankenversicherung in der Stadt Berlin hat ebenfalls Ausschussberatung stattgefunden. Dem Ausschuss gehörten die sozialdemokratischen Stadtv. Bruns und Tempel an. Die vom Magistrat gegenüber dem Regulativ von 1884 beschlossenen Änderungen sind angenommen worden (u. a. Erhöhung der Beiträge auf 2 Pct., Wegfall der drei Karenztage, Zahlung des Krankengeldes auch für Sonn- und Feiertage). Von Seiten der sozialdemokratischen Mitglieder waren noch weitere Änderungen beantragt: 1. Gewährung eines Sterbegeldes von resp. 80, 45, 30 oder 20 M., 2. Gewährung der Krankenunterstützung für 52 Wochen an Mitglieder, welche der Kasse mindestens sechs Monate ununterbrochen angehört haben. Beide Anträge sind von der Mehrheit verworfen worden, weil die Gemeinde-Krankenversicherung nur subsidiär aber keine organisierte Krankenkasse sei, die Anträge auch dem Wortlaut des Gesetzes (§ 8a) direkt widersprächen. Nach dem Regulativ sollen freiwillig beigetretene erst 6 Wochen nach dem Beitritt Anspruch auf Krankenunterstützung haben. Unter Ablehnung eines Antrags, den Anspruch vom Tage des Beitritts zu gewähren, hat der Ausschuss die Frist auf zwei Wochen herabgesetzt. Schließlich ist auch ein Antrag der oben genannten Mitglieder, den Versicherten die Ärzte beim Gewerks-Krankenverein oder diejenigen Ärzte zur Verfügung zu stellen, welche sich dem Verein der freigegebenen Kasernenärzte angeschlossen haben, von dem Ausschuss abgelehnt worden.

Stadtv. Henke: Nach § 6a des Gesetzes ist der Gemeinde nicht unterlagt, die Verlängerung der Gewährung des Krankengeldes über 13 Wochen hinaus auszusprechen. Der Fall, daß eine bestehende Ortskrankenkasse in die Gemeindeversicherung übergeführt werden muß, soll nach den Äußerungen des Magistratsvertreter noch in weiter Ferne stehen, aber es dürfte schon in nächster Zeit ein solcher Fall thatsächlich eintreten. Man kann da also nicht mehr von "subsidiär" sprechen, sondern muß für diesen Fall die Gemeindeversicherung ausfallen. Ferner muß sich der Gewerks-Krankenverein schon in alternativer Zeit auflösen müssen; es sollte also auch unser Antrag wegen der freien Arztwahl nicht unberücksichtigt bleiben. Durch die freie Arztwahl werden die Mitglieder der Versicherung billiger und schneller kurirt; denn auch in dem eingeschränkten Umfang unseres letzten Antrages würden ihnen statt 129 Ärzte des Gewerks-Krankenvereins 800 Ärzte zur Verfügung stehen. Ich empfehle Ihnen daher die von uns in der erwähnten Richtung gemachten Vorschläge.

Die Vorlage wird nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen.

Der Magistrat ersucht die Versammlung um ihre Zustimmung zu einem Gemeindebeschluss, wonach der Gebührentarif für die Kreisfischau von 1892/93 auch für 1893/94 Geltung behalten soll. Die Gebühr für die Untersuchung ausländischer Specks oder Schinken ist auf 30 Pf. pro Schinken oder Speckseite festgesetzt worden.

Der Gemeindebeschluss wird auf Antrag Spinola unverändert angenommen.

Infolge des Beschlusses der Versammlung vom 19. v. M., den Magistrat zu fordern, alle durch sie bereits genehmigten Arbeiten, soweit dies möglich ist, energisch in Angriff zu nehmen und fortzuführen, insbesondere zu erwägen, ob es nicht durchführbar ist, zum Zwecke einer durchgreifenden Reinigung der Straßen den Fuhrpark zu erweitern und eine vermehrte Anzahl von Arbeitern einzustellen

theilt der Magistrat unterm 31. Januar mit, daß seinerseits schon vorher gelassen oder angeordnet war, was dem vorstehenden Beschlusse entspricht. Die vorhandene Zahl von Hilfsarbeitern (2000) sowie der Fuhrpark der Straßenreinigung seien vermehrt worden. Die Behauptung, daß in dem Depot am Spittelmarkt am 19. Januar Kündigungen auf den folgenden Sonnabend stattgefunden hätten, sei unrichtig.

Stadtv. Borgmann: Es hat in der Vorlage den Anschein, als ob der Magistrat sich durch den Antrag verleitet gefühlt hat. Das ist durchaus nicht unsere Absicht gewesen, und es zeigt sich ja auch, daß der Magistrat sich lediglich an den Beschluss des Ausschusses anlehnt, ohne sich den Grundlinien unserer Anträge zu nähern. Wir werden aber, wenn das seitens des Magistrats nicht in Wäde geschieht, mit ähnlichen Anträgen wieder kommen und zwar auf die Gefahr hin, den Magistrat wieder zu verleiten. Der Oberbürgermeister soll sich nach Zeitungsberichten der Arbeitlosen-Deputation gegenüber recht freundlich ausgesprochen und manches in Aussicht gestellt haben. Wir erwarten, daß dem recht bald die That folgt; sonst müssen wir uns wie im vorigen Jahre dem Ausspruch des Oberbürgermeisters skeptisch gegenüberstellen. Im vorigen Jahre sind ganze 52 000 M. für beschleunigte Bauten und dergleichen ausgegeben. Diesmal ist das Geld noch viel größer, als im vorigen Jahre. Es scheint fast, als ob der Oberbürgermeister in der souveränen Bauverwaltung gar nicht durchbringen kann. Was die Beirteilung der erfolgten Kündigungen anlangt, so hatte Stadtrath Meubring ausdrücklich selbst Mitteilung gemacht, daß Kündigungen in Aussicht genommen seien; diese Absicht bestand also und ist auf unsere Intervention rückgängig gemacht worden. Dem Magistrat irgendwie zu nahe zu treten, war niemals unsere Absicht.

Die Aufsicht des Magistrats wird zur Kenntniß genommen. Gemäß dem Beschlusse der Versammlung hat der Magistrat wegen der Mietung von Räumen für das am 10. April ds. J.

in Funktion tretende Gewerbegericht eine neue Vorlage auf Grund der Offerte des Brauereibesizers Bier, Straßenerstraße 3/6, gemacht. Es sollen in diesem Grundstücke Bureauräume auf fünf Jahre gemietet werden, der Miethspreis soll für 966 qm Grundfläche 15 290 M. betragen, im ersten Jahre aber für die zunächst nur erforderlichen 500 qm 9440 M. Zur Beschaffung von Inventarartikeln sind 13 000 M. gefordert. Außer dem Gewerbegericht sollen die Bureau der Gewerbe-Deputation für Innungssachen, Fachschulen und für Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherungs-Angelegenheiten in diesen Räumen untergebracht werden.

Die Vorlage wird ohne Debatte angenommen.
Schluß nach 7¼ Uhr.

Tokales.

Gegen die „revolutionären“ Dichtungen geht die Polizei mit aller Strenge vor. Dem gleichen Schicksal wie die Dichtung von Scävola: „Bilder aus der französischen Revolution“ ist jetzt bekanntlich auch die Dichtung von Wis: „Bilder aus der großen Revolution“ verfallen. Der „Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend“ hatte geplant, die letztere Dichtung nächsten Sonnabend zur Aufführung zu bringen. Am Dienstag aber ging dem Vorstand, zu Händen des Herrn Uhrmachers O. Naether, N., Hebrdellinerstraße 24, folgendes Schreiben zu:

Berlin, 4. Februar 93.

Der Polizeipräsident,
Journ.-Nr. 182, P. T. III, C. 98.

Die für Sonnabend, den 11. d. Mts., in Aussicht genommene Aufführung der episch-dramatischen Dichtung „Bilder aus der großen Revolution“ wird hiermit verboten.

Der Polizei-Präsident,
v. Richthofen.

Am Sonnabend wurden auch noch die Textbücher im Arbeitsnachweis des Vereins, in den Jahrestellen und bei mehreren Mitgliedern des Verbandes polizeilich beschlagnahmt. Der Vorstand hat natürlich schleunigst für Ersatz gesorgt, so daß der Wegfall der verbotenen Aufführung im Programm eine Störung nicht hervorruft wird.

Die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft hat sich gar wunderbare Geschäftsprognosen zugelegt. Sie sucht ihre Einnahmen durch Mittel zu erhöhen, welche aufhören, schön zu sein. So meldet ein hiesiges Blatt folgenden Fall: Die Abrechnungen ergaben, daß der Schaffner Nr. 28 der Omnibusstraße Potsdamer-Brücke-Rosenthaler Thor in einem Monat sieben Mal die geringste Tageseinnahme gehabt hatte. Dem Mann wurde von der Direktion der Gesellschaft eine Rüge zu Teil unter Hinzufügung der Drohung, er werde entlassen werden, wenn der Fall sich wiederhole!

Das ist doch noch arbeiterfreundlich! Die Angestellten der Gesellschaft haben den anstrengendsten Dienst, der sich denken läßt, ihr Lohn steht bekanntlich hierzu in einem sehr schlechten Verhältnis. Das Schicksal ist es aber sicher, daß die Gesellschaft aus Zufälligkeiten, die abzuwenden in der Nacht keines Menschen steht, ihren Angestellten ein Vergehen konstruiert und dagegen mit Drohungen und Maßregelungen einschreitet. Es ist doch ganz selbstverständlich, daß eine der Strecken diejenige sein muß, welche die geringste Einnahme ergibt; aber hieran trägt doch der Schaffner die Schuld keinesfalls. Das liegt doch an Verhältnissen, welche der Schaffner nicht ändern kann, er müßte denn gerade den Anreißer spielen und die Passanten mit Gewalt in seinen Omnibus-Marterlasten stopfen. Er müßte ihnen dann ferner mit Gewalt die Fahrgeldgrofschen abnehmen, nur damit er bei der Abrechnung der Gesellschaft recht viel Geld abliefern kann. Denn sonst droht ihm die Entlassung!

Die Angestellten werden durch solche Drohungen veranlaßt, die reine Räubertheorie in Anwendung zu bringen: Geld oder Leben. Wir möchten wissen, welches Direktionslicht diesen wunderbaren Plan ausgeleuchtet hat, er ist so genial, daß schon etwas dazu gehört, um ihn zu Tage zu fördern. Wird diese Praxis auch anderweit in Anwendung gebracht, dann kann's in Berlin ganz gemächlich werden!

Zu bebauern sind in erster Linie die armen Angestellten, die für die Direktion der Omnibus-Aktiengesellschaft nur noch den Zweck von Gelddarlehens-Maschinen haben. Die Maschinen, welche genügend Geld von sich geben, dürfen weiter in Betrieb gesetzt werden, diejenigen aber, welche nicht genug Groschen entleeren, werden anstrangiert und ins alte Eisen geworfen. Dabei müssen die menschlichen Maschinen von 6 Uhr früh bis Nachts 1/2 Uhr in Tätigkeit sein, sonst erfolgt das Ausstrangieren ohne weiteres. Es muß ein erhebendes Gefühl sein, wenn der Angestellte weiß, daß seine Tätigkeit von dem Unternehmer in so humaner Weise anerkannt wird.

Zu dem Thema: „Der Unternehmer Verhalten gegenüber ihren Angestellten in stauer Geschäftszeit“, macht uns der Buchbinder Georg Krage, Köpenickerstraße 81b, folgende Mitteilung, für deren Richtigkeit er sich verbürgt. In der „Berliner Sammlerzeitung“ von Franz Grimm, Markgrafenstraße 15, war es bis vor kurzem Sitte, daß für ein Zusatzenkommen keine Strafgelder erhoben wurden. „Das Geschäft ging“ — wie man so sagen pflegt. Als die „gute Zeit“ vorüber war, wurden mit einem Male, vorerst für die Arbeiterinnen, derartige Strafen eingeführt. Ganz willkürlich wurden diese vom Chef festgesetzt. Für ein einmaliges Späterkommen wurde den Mädchen einfach ein Abzug vom Lohne im Betrage von fünfzig Pfennigen angekündigt und, passierte es zum zweiten Mal in der Woche, gar von 1 Mark. Solche Abzüge wurden beim geringsten Zusatzenkommen gemacht und handelte es sich nur um drei Minuten. Vor mehreren Tagen kündigte nun der Herr Chef den Buchbindern an, daß es ihnen fortan ebenso gehen würde. Der Genosse Krage, welcher in der Unstalt beschäftigt war, machte ihm darauf Vorhaltungen über das Ungerechte seiner Handlungsweise. Mehrere Arbeiterinnen waren dabei zugegen. Am selben Abend noch, es war der letzte Montag, wurde Krage mit der Begründung entlassen, daß man sich mit ihm nicht herumschreien wolle und daß er „die Leute“ aufmiegele. So wird's gemacht von den Stützen des Reiches der sozial-politischen Reformen.

Herr Eugen Richter ist in die unangenehme Lage versetzt, eine Umarbeitung seiner „Zukunftsbilder“ vornehmen zu müssen. Bekanntlich läßt Herr Richter in der erwähnten Schrift den sozialdemokratischen Reichstagsler dadurch zu Falle kommen, daß dieser sich weigert, die Stiefel zu putzen und es durch einen anderen besorgen läßt. Nun hat aber ein Herr Hausel in Wieschen beim Reichs-Patentamt ein Patent auf eine Stiefelwischmaschine eingereicht, von der er rühmt, daß sie allen an sie gestellten Anforderungen im vollsten Maße entspreche. Damit ist also die Ursache, die nach Herrn Richter den sozialdemokratischen Zukunftsbildern in seiner Stellung stürzt, beseitigt, und so bleibt Herrn Richter wirklich nichts übrig, als eine andere Ursache für dessen Sturz ausfindig zu machen. Es ist anzunehmen, daß bei der Weite des Gesichtskreises des Herrn Richter und bei seiner reichen Phantasie es ihm leicht fallen wird, die entstehende Lücke in seiner Beweisführung wieder auszufüllen.

Unangünstige wirtschaftliche Verhältnisse werden jetzt auch im Verwaltungsbericht des Berliner Magistrats über den städtischen Zentral-Vieh- und Schlachthof, wie bereits in den ganzen Reihe von Berichten über andere Zweige der städtischen

Verwaltung, zugefanden. „Das Verwaltungsjahr 1891/92“, beginnt der Bericht, „ist nach seiner Richtung hin ein günstiges zu nennen. Dieses Urteil bezieht sich mehr auf die wirtschaftlichen Verhältnisse, von denen Ungunst die kleinen Einbußen des Handels und die Verminderung der Ueberschüsse des Zentralviehhofes nur Symptome sind.“ Es wird zugegeben, daß die Symptome „einen abnormen Zustand beweisen“; daß „das Kaufbedürfnis so schwandend war, daß Händler wie Landwirthe stets Gefahr liefen, ihr Produkt entweder ohne Gewinn, bezw. mit Vorzicht verkaufen oder von einem Markt zum andern überfüttern zu müssen“; daß „die Einschränkung gewerblicher Tätigkeit wegen Uebersättigung der Lager und die sinkende Kaufkraft der gewerblich arbeitenden Bevölkerung die Nachfrage nach dem für die letztere immer noch zu theueren Fleisch erheblich gemindert hatte“. Weiter unten wird die Frage aufgeworfen, „wo denn überhaupt in den letzten Jahren der Handel im Deutschen Reich, der gewerbliche Verkehr Fortschritte gemacht oder auch nur seinen Rückgang erfahren hat?“ Schließlich wird noch einmal ausdrücklich betont, daß, wenn der Markt häufig nicht geräumt werde, ausschließlich die „schlechten gewerblichen Zeiten mit fallender Kaufkraft der Konsumenten“ daran Schuld seien. — Aus diesen Ausführungen und aus den ziemlich gleich lautenden in den anderen, schon früher von uns in der Nothstandsfrage zitierten Verwaltungsberichten des Berliner Magistrats ergibt sich, daß dieser darüber, ob ein Nothstand in Berlin herrscht, und wie groß er ist, sehr wohl unterrichtet sein muß. Warum zieht er denn dann aber nicht die praktischen Konsequenzen aus dieser Kenntnis? Der Grund davon ist in der Stadtverordneten-Versammlung von „freistimmigen“ Rednern wiederholt angegeben worden: Der Magistrat müsse andersfalls mit dem bisher von ihm befolgten „freistimmigen“ Prinzip der Verwaltung brechen, und das darf er nicht, wenn er nicht dem Sozialismus Konzeptionen machen will. In diesem Geständnis liegt eine nicht able Kritikal dieses „freistimmigen“ Verwaltungsprinzips.

In Schmargendorf gab es am Donnerstag vor acht Tagen große Aufregung. Die Einwohnerschaft des ganzen Ortes war auf den Beinen, um Zeuge zu sein des gewaltigen Ereignisses. Vier Gendarmen entledigten sich nämlich mit aller Sorgfalt der ihnen zu Theil gewordenen Aufgabe: bei elf in Schmargendorf wohnenden Genossen eine gründliche Hausdurchsuchung vorzunehmen. Von Haus zu Haus marschirten die befehlten Hüter des Gesetzes, ohne freilich „günstige“ Resultate zu erzielen. Es verfielen der Konfiskation einige Exemplare des „Sozialdemokrat“, einige sozialdemokratische Piederbücher und ein „Paffenpiegel“, — weiter wurde nichts Verdächtiges gefunden. Wie verlautet, war der Anlaß zu Hausdurchsuchungen ein verdächtiges Lied, welches ein paar Tage zuvor bei einer kleinen Feier von einem Genossen gesungen worden war. Das Lied ist auch in weiteren Kreisen bekannt, es handelt von der Schlechtigkeit des bösen „Bürgermeisters Tschek“. Die Polizei befand sich im Irrthum, als sie annahm, daß man in Schmargendorf im Besitz von gedruckten Exemplaren dieses Liedes sei; der Text erbt sich von Mund zu Mund fort, und das kann die Polizei doch nicht hindern. Ob das Gedichtlein etwas Staatsgefährliches enthält, brauchen wir nicht näher zu untersuchen, es wird aber viele Leute geben, die es für ein mehr denn harmloses Produkt der Jahrmarktspoesie halten. Bis heute haben die gedausuchten Genossen noch nicht erfahren, ob sich an die Beschlagnahme der Schriften noch ein weiteres Verfahren knüpfen wird.

Bauernfängern in die Hände gefallen ist vorgestern Nachmittag der Schneider Karl M. aus Klein-Wittenberg, der hier in der Oranienburgerstraße wohnende Verwandte besucht hatte und mit dem um 4¼ Uhr vom Anhalter Bahnhofe abgehenden Zuge nach Hause zurückzukehren beabsichtigte. Die Eisenbahn wartet aber nicht, und als M. ankam, war der Zug eben dahingeraust. Während des Schneiderleins einen Augenblick unschlüssig dastand, trat ein Fremder mit der Frage an ihn heran, ob er nach Wittenberg fahren wolle und fügte hinzu, daß er den Zug gleichfalls verpaßt habe und den nächsten abwarten müsse. Beide ließen sich nun auf eine Bank des Bahnsteiges nieder, und der Unbekannte hatte im Laufe des Gespräches das Versehen, daß M. nicht ohne Mittel nach Berlin gekommen sei, ja, der reibliche Provinziale ließ sich sogar die genaue Angabe seines Kassenbestandes entlocken. Jetzt dauerte es nicht lange, bis dem Fremden das Warten auf dem Bahnhofe langweilig wurde, so daß er eine Streife durch die schöne Reichshauptstadt vorschlug. Der bereitwillige Schneider wurde nun den Ausgang nach der Mühlentstraße hinabgeführt, man wanderte selbster durch die Königsgräberstraße und lehrte, um eine Berliner Weisheit zu probieren, in das Hedemannstraße 2 belagene Kellerlokal von Diede ein. M. wurde sofort in das Billardzimmer geführt, wo nur noch ein Gast anwesend war. Der Fremde griff hier, wie unbeabsichtigt, nach einer Zeitung, und fand „zu seiner Ueberschuldung“ ein Spiel Karten darin. „Haben gewiß Kinder hier liegen lassen; denn es ist kein ganzes Spiel“, meinte er freudiger, „ich werde Ihnen aber ein Kunststück zeigen.“ Er legte drei verdeckte Karten auf den Tisch und fragte den Schneider: „Was ist hier drunter?“ Die Lösung gab er dahin, daß die Tischplatte darunter sei. Hierdurch wurde der andere Gast angezogen, der die roten Karten ausfuchte und ein Kammblättchen veranstaaltete, dem der Schneider anfangs zusah. Sein Begleiter hatte im Umschauen zweimal ansehnend je ein Zwanzigmarkstück verloren, und sagte nun zu M.: „Sehen Sie doch auch einmal“. Der Schneider setzte einen Thaler nach dem andern, die verloren gingen. Als aber sein Freund auch das dritte Goldstück mit der größten Klug verschwinden sah, wurde er ruhig und wollte sein Geld wieder haben. Nun wurde aber auch sein Bekannter unwillig, erklärte, daß sie in dem Lokal nicht länger bleiben könnten und führte ihn wieder hinaus. Unterwegs gab er seinem Aelger über die verlorenen 60 Mark Ausdruck und verschwand, um sich von Angehörigen das Reisegeld nach Wittenberg zu holen. Als der Schneider nun endlich merkte, daß er verschleppt worden war, eilte er in den Keller zurück, fand aber den zweiten Vogel auch angefliegen. — Der Schleppler ist klein und unterseht, hat einen Schnurrbart, ein starkes, rothes Gesicht und trug ein schwarzes Tuch um den Hals. Der Komplize war groß, blaß und bartlos, trug lange Stiefel und einen Rock mit langen Schößen und hatte an der Stirn einen spärlichen Haarrwuchs.

Immer noch kein Nothstand! Gänzlich verhungert wurde gestern, Abends gegen sieben Uhr, der obdachlose, sechzig Jahre alte Schuhmacher Wilhelm Hein nahe am Görlitzer Bahnhofe aufgefunden und nach der Charite gebracht. Er starb aber bereits unterwegs an Entkräftung. — Ob glückseliges Zeitalter sozialer Reformen.

Cyber der Arbeit. Abgeführt von einem Gerüste, das Bendlerstr. 29 aufgestellt war, ist vorgestern Nachmittag der Maurer August Schrupp. Er erlitt einen Bruch beider Beine.

Der Verein „Freie Volksbühne“ veranstaltet am Sonntag den 12. Februar, Nachmittags 2½ Uhr für seine neugegründete 4. Abteilung die erste Vorstellung. Zur Aufführung gelangt zum 4. Male im Nationaltheater „Andere Zeiten“, Schauspiel in 4 Akten von Paul Bader. Die Hauptrollen liegen in den Händen des Herrn Kolenar und des Fräulein Desch von Vestingtheater und der Herren Stiel und Wesselsky vom Nationaltheater.

Wir werden nun die Veröffentlichung des folgenden schiedsgerichtlichen Erkenntnisses ersucht: In der Streitsache zwischen Ahrens und König hat das eiderbüchene Schiedsgericht folgende Auffassung gewonnen. Festgestellt ist, daß von seiten König's Gerüchte über Ahrens' Isopartiert worden sind, die nicht auf eigener Wahrnehmung beruhten, aber geeignet waren,

den Ahrens in privater, sowie in politischer Beziehung zu compromittiren. Die eingehende Zeugenvernehmung konnte für diese Gerüchte den Wahrheitsbeweis nicht erbringen. Gründe für Verbreitung dieser Gerüchte konnten nur in der gegenseitigen persönlichen Stellung von König und Ahrens gefunden werden; dieselbe ist keine solche, wie sie unter Genossen und zur Förderung der Arbeiterbewegung wünschenswert wäre. Das Schiedsgericht.

Die Sammelliste Nr. 165 zur Unterstützung der gemäßregulierten Pferdebahnschaffner ist verloren gegangen. Es wird ersucht, dieselbe anzuhalten und bei Paul Biere, Gräsestraße 40, abzuliefern.

Polizeibericht. Am 8. d. M. Vormittags zerbrach in der Schultheiß-Brauerei, Lichterfeldestr. 11, ein etwa 80 Zentner schweres Schwungrad beim Betriebe. Durch die umhergeschleuderten Eihenteile wurde ein Theil des Maschinenhauses zerstört und der an der Maschine beschäftigt gewesene Arbeiter Gehmann am Kopfe und an den Füßen so bedeutend verletzt, daß seine Uebersiedlung nach dem Krankenhaus am Urban erforderlich wurde. — Nachmittags versuchte eine Frau in ihrer Wohnung, in der Brunnenstraße, sich mittels Karbolsäure zu vergiften. Sie wurde noch lebend nach der Charite gebracht. — Auf dem Eise des Landwehrkanals, gegenüber dem Grundstücke Görlitzer Ufer 12, brach ein zehnjähriger Knabe ein, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach einiger Zeit vom Arzte zum Bewußtsein zurückgebracht. — An der Ecke der Chaussee- und Kesselfstraße fiel Abends eine Frau infolge eines Fehltritts zur Erde und brach den Unterarm. — Im Laufe des Tages fanden zwei kleine Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Im Zustande völliger Bewußtlosigkeit. Vor der Strafkammer zu Köln hatte sich am Dienstag der Kriminalkommissar Hermann Sperling wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung, sowie wegen der Beschuldigung zu verantworten, in der Nacht zum 9. August v. J. die Eheleute Bach, sowie deren Töchterchen mit einem Besenstiel gemißhandelt zu haben, den Gehmann Bach auch mittelst einer das Leben gefährdenden Behandlung. Nach Aussage Sperlings hatte er am 8. August mit einem Weimwirth 6—8 Flaschen Wein getrunken. Auf dem Nachhausewege seien ihm zwei Mädchen begegnet, die ihm verdächtig vorkamen, weil die eine aufgelöstes Haar trug. Er sei ihnen in das Haus Kaffhäuserstr. 59 bis in die Wohnung gefolgt, hier sei er beschimpft, angegriffen und mißhandelt worden, so daß er sich des weiteren Vorgangs nicht mehr erinnern könne. — Die beiden verfolgten Mädchen, die wegen Sittenpolizei-Kontravention bestraft sind, sagten der „Köln. Ztg.“ zufolge übereinstimmend aus. Die Ältere sagte aus: Wir befanden uns gegen 6 Uhr Morgens auf dem Wege zur elterlichen Wohnung. In der Zahnstraße verfolgte uns ein Mann, der schwankte und offenbar betrunken war, seine Kleider waren beschmutzt. Er sagte die jüngere Schwester bei den Haaren, wir wollten das nicht leiden und stellten ihn zur Rede. Der Mann verfolgte uns in das Haus und in unsere Wohnung, hier hat er die Ältere angegriffen und bei den Haaren gerissen. Der Vater des Mädchens, Ermerth, eilte mit einem Besenstiel zur Hilfe herbei und schlug damit auf den Veranteten ein, so daß der dicke Besenstiel entzwei brach. Ermerth giebt auch die Möglichkeit zu, daß er den Kommissar mit dem Besenstiel über den Kopf geschlagen habe. — Den weiteren Vorgang schilderte der Zeuge Zimmermann Hohmann: Die beiden Ermerth, Vater und Sohn, drängten den Mann auf den Flur, der Ältere schlug mit einem Besenstiel auf ihn ein, der Mann schlug mit dem Stocke, er ist dann die Treppe hinuntergestoßen worden, lam zu Fall und kollerte die Treppe hinunter. Als Polizeibeamter hat sich der Angeklagte erst später zu erkennen gegeben. Der in demselben Hause wohnende Bäckermeister Bach trat, als er den Spottakt hörte, auf den Flur, hob den an der Treppe liegenden Angeklagten auf und brachte ihn bis vor die Thür. Bald darauf kam Sperling mit vier Wächtern zurück, griff Bach an und sagte ihm bei den Haaren. Bach wollte ihn beruhigen und sagte, er solle nach oben gehen, er hätte ihm doch nichts gethan; Sperling konnte aber nicht viel antworten, da er wie unzurechnungsfähig war, in dem Baden Zeller und Gläser zer-schlug, wofür er später 200 Mark Entschädigung gezahlt hat. Frau Bach bekundete: Ich wurde durch großen Lärm geweckt, der Angeklagte lag an der Treppe, er sagte zu meinem Manne: Du hast mir den Schädel eingeschlagen, weiche von mir! Mein Mann brachte ihn zur Thür hinaus. Bald nachher kam er mit vier Wächtern zurück, mein Mann sollte verhaftet werden; ich habe gehört: mein Mann hat doch nichts gethan; ich hatte den Angeklagten am Rock und zog ihn zurück, da fiel ich hin, die Nachtwächter traten und schlugen mich; ein Nachtwächter hat meinen Mann die Treppe hinuntergestoßen. Ich legte mich wieder zu meinem Söhnchen ins Bett, da lam Sperling in das Zimmer, er muß wider die Thür gefallen sein, und schlug mich mit einem Stück Besenstiel; auch mein Söhnchen schlug er, mein Arm war schwarz und blau. Ich flüchtete in den Boden, der Angeklagte verfolgte mich und schlug mich weiter; dabei schrie er mich immer an: Wie heißt Du, wo wohnst Du? Ich stieß ihn mit meiner letzten Kraft zurück, daß er hinfiel, dann eilte ich auf die Straße und schrie um Hilfe. Mehrere Zeugen, die von der Straße aus den Vorfall mit ansahen, bekundeten, daß ihnen der Angeklagte wie geistesgestört vorgekommen sei; er habe sich öfter an den Kopf geprügelt. Der Angeklagte hob hervor, daß er vor dem Vorfalle sehr angestrengt dienstlich thätig gewesen sei, von einer gefährlichen Hochstaplerbande habe er kurz vorher acht Mann festgenommen, zwei Verdreckern, die zu der Bande gehörten, sei er auf der Spur gewesen, an dem Tage selbst habe er dienstlich eine Reise gemacht. Professor Belmann, Direktor der Irrenanstalt in Bonn, gab sein Gutachten dahin ab, daß nicht eigentlich Trunkenheit allein den Zustand des Angeklagten hervorgerufen habe; es sei hinzugekommen die körperliche und geistige Ueberanstrengung, die schlaflose Nacht. Die Schläge mit dem Besenstiel, die Sperling über den Kopf erhalten, hätten ihm dann den letzten Rest von Besinnung geraubt. Es unterliege nicht dem geringsten Zweifel, daß der Angeklagte die Straftthaten im Zustande völliger Bewußtlosigkeit verübt habe, wodurch die freie Willensbestimmung ausgeschlossen gewesen sei. Polizei-Physikus Sanitätsrath Dr. Banzelow schloß sich völlig diesem Gutachten an. Der Staatsanwalt meinte, objektiv sei die Anklage nach allen Seiten hin bewiesen, allein es habe sich nicht der geringste Anhaltspunkt ergeben, daß der Angeklagte auch nur einen Rest von Besinnung gehabt habe. Dem Antrage des Staatsanwalts gemäß erkannte das Gericht auf Freisprechung.

Etwas weiteres diesem Prozessbericht hinzuzufügen, erübrigt sich wohl. Die Fälle, daß, wenn Polizeibeamte die Anklagebank zieren, die wunderbarsten Urtheile gefällt werden, sind in Deutschland so zahlreich, daß uns der Ausgang aus dieses Prozesses nicht wundert. Die Freunde der Verschärfung des Strafgesetzes spotten gerne über das „Antrinken mildernder Umstände“; wir empfehlen diesen Herren für die Zukunft, auch den Kriminalkommissar Sperling und seine Praxis, sich für die Gerichtsprobe bis zur völligen Bewußtlosigkeit anzusaußen, nicht zu vergessen. Ein Polizeibeamter, der durch „geistige und körperliche“ Ueberanstrengung so total herunter ist, daß er 6 bis 8 Flaschen Wein ausküpft und dabei die Nacht durch bis Morgens 6 Uhr im Wirthshaus sitzen bleibt, dann in Jubalierart Mädchen auf der Straße anfällt und sie bis in ihre Wohnung verfolgt; von dort dann, durchgeprügelt und herausgeschmissen, im Zustande völliger Bewußtlosigkeit auf die Wache läuft, sich vier Wächterholt und

trotz aller „Bewußtlosigkeit“ das Haus wieder findet und in demselben wie ein Tollhändler wirthschaftet, das ist ein Bild, wie man es sonst nur hier und da aus Russland geschildert bekommt. Das sich außerdem auch noch zwei schwer gelehrtete Kerle finden, welche mit ihren „wissenschaftlichen Gutachten“ es dem Gericht unmöglich machen, zu verurtheilen, mußhet uns allerdings auch ganz — ruffisch an. Nun fehlt nur noch, daß die Nachwächter, welche auf Befehl des „Bewußtlosen“ seine Streiche mitmachen mußten, bestraft werden und der Herr Sperling wegen seines sonst bewiesenen Dienstfeuers befördert wird, dann ist das Bild fertig.

Als ganz gemeiner Zechpreller hatte sich gestern der Baron A. v. S. enden vor der 133. Abtheilung hiesigen Amtsgerichts I zu verantworten. Der Angeklagte, einer alten Weiskamille angehörig, ist früher Offizier in einem Kavallerie-Regiment gewesen, scheint aber moralisch stark ins Wanken gekommen zu sein. Er ist schon einmal wegen Zechprellerei vorbestraft, die Strafe hat ihn aber von diesem gefährlichen Gebiet nicht abzuwehren vermocht. In einem größeren hiesigen Restaurant brannte er eines Tages dem Oberkellner mit der Zech durch und dieser schrieb den Verlust einfach in den Rauchsang, ohne weitere Nachforschungen nach dem Betrüger anzustellen. Nach längerer Zeit begegnete der Oberkellner dem Angeklagten auf der Straße und ein ihn begleitender Kollege, welcher in der anderen Zechprellerei des Angeklagten vor Gericht zu erscheinen gehabt hatte, erzählte ihm, daß letzterer ein wirklicher Baron sei und von Senden heiße. Der Oberkellner beschloß nun, den Angeklagten zu beobachten und folgte diesem auf dem Fuße. Der Angeklagte blieb zunächst bei einem Restaurant stehen, sah von der Straße aus durch die Scheiben und überzeugte sich, daß das Lokal wenig besucht war. Das war für seine Zwecke natürlich wenig geeignet. Er wandte sich zu einem anderen Restaurant, hier entsprach der Besuch seinen Wünschen gleichfalls nicht und schließlich betrat er das Restaurationslokal des Böhmischen Brauereiausgangs. Er wählte einen Platz dicht an der Ausgangstür, der Oberkellner, welcher ihm wie ein Schatten folgte, nahm an einem anderen Tische so Platz, daß er ihn im Auge behalten konnte. Der Besuch war ein sehr zahlreicher. Der Angeklagte aß und trank und als der ihn bedienende Kellner einmal nach der Küche gegangen war, war der Herr Baron plötzlich aus dem Lokale verschwunden. Als der bedienende Kellner aus der Küche zurückkehrte, fragte ihn sein noch immer auf Beobachtungsposten stehender Kollege, ob der Angeklagte bezahlt habe; er verneinte dies und ersuhr nun zu seinem Staunen, daß der „seine“ Herr trotz seiner Baronie ein Zechpreller gewöhnlichen Schlages sei. — Vor Gericht versuchte es der Angeklagte mit allerhand Ausreden, mit welchen er jedoch kein Glück hatte. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß ein so großer Vertrauensbruch gerade bei Leuten „besseren Herkommens“ streng zu ahnden sei und er verurtheilte deshalb den Angeklagten zu fünf Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust. Nun kann der „Geldste“ über seine edle Abstammung nachdenken.

Das Mogseln beim Kartenspiel ist nicht nur eine gesellschaftliche Unart, es kann auch, wie der Kellner Rudolf Z. heuerlauf gestern zu seinem Leidwesen vor dem Schöffengericht erfahren mußte, unter dem strafrechtlichen Begriff des Betruges gebracht werden. Der junge Mann pflegte in seinen Stammlokalen mit zwei Partnern Stutz zu dem Maße von 1/2 Pf. pro Punkt zu spielen. Sein Glück war unheimlich. Er hatte schon an drei Abenden seinen Mitspielern nicht unbeträchtliche Summen abgenommen und diese erklärten verzweifelt, daß es „auf gar keine Kuhhaut girge“, wie oft dem Angeklagten drei und vier Wenzel in den Schooß fielen. Sie ahnten nicht, daß sie damit unbedingt das Nichtige getroffen hatten, denn die Wenzel hatten in der That die Eigenschaft, dem Angeklagten auf den Schooß zu fallen. Eines Tages beobachtete der Gastwirth das Spiel aus einiger Entfernung und glaubte wahrzunehmen, daß der Angeklagte jedesmal, wenn er die Karte gab, sonderbare Manipulationen machte. Vor dem Geben sah er die Karten noch einmal durch, anscheinend um sie zu zählen, dabei flogen einige Karten auf seinen Schooß und diese wußte er dann unbemerkt seinen Karten, die sonst nicht vollständig waren, einzuverleiben. Auf diese Weise stellte sich der Angeklagte seine „Grands mit Wieren“ und „Eichel-Soli mit Dreien“ her und sein Glück brachte die beiden anderen zur Verzweiflung. Der Wirth theilte seine Entdeckung einem Gaste mit und beide machten gemeinsam die stillen Beobachter. Als der Angeklagte wieder einmal gegeben und drei Karten auf seinen Schooß speidert hatte, stürzten die beiden Beobachter hervor und zeigten den Spielern an, daß der Angeklagte wieder einmal das Glück fortrigert hatte. Auf seinen Knien ruhten trieblich neben einander die drei ältesten Wenzel, die nun ihren Beruf verfehlt hatten. Der Angeklagte ließ nun schleunigst seinen Gewinn in der Tasche verschwinden und suchte sich aus dem Staube zu machen. Eine schallende Ohreife eines entrüsteten Mitspielers hielt ihn jedoch zurück und er vermochte eine Anklage wegen Betruges nicht abzuwenden. Das Schöffengericht nahm einen Betrug auch als vorliegend an, verurtheilte aber den Angeklagten mit Rücksicht auf seine Jugend nur zu 18 M. Geldbuße event. 5 Tagen Gefängnis.

Um ein Objekt von 3/4 Pfennigen handelte es sich bei einer Diebstahlsanfrage, welche gestern in vierter Instanz die 6. Strafkammer beschäftigte. Die Lokomotivführer erhalten kleine Prämien für möglichst geringen Kohlenverbrauch. Der Lokomotivführer K. wurde nun beschuldigt, zur Erzielung dieser Prämie, die in diesem Falle noch nicht ganz 5 Pf. betragen hätte, von einem auf dem Stettiner Bahnhofe lagernden Kohlenhaufen unbefugt ein kleines Quantum sich auf die Lokomotive haben schauen zu lassen. Er wurde im Oktober 1891 aus dem Dienste entlassen, vom Schöffengericht aber von der Anklage wegen Diebstahls freigesprochen. Auf die Berufung des Staatsanwalts hob die 6. Strafkammer das erste Urtheil auf und verurtheilte den Angeklagten wegen Unterschlagung zu 20 M. Geldbuße. Auf die Revision des Rechtsanwalts Dr. J. v. v. verurtheilte das Kammergericht dieses Erkenntnis und gestern erkannte die 6. Strafkammer auf Freisprechung. Für das Dienstverhältnis des Angeklagten ist dieser Ausgang natürlich von großer Bedeutung.

Verksammlungen.

Eine gutbesuchte öffentliche Protest-Verksammlng der Maler, Lackierer und Anstreicher Berlins und Umgegend tagte am Mittwoch in Mundt's Salon. Nach Voranschickung und Beleuchtung einiger volkswirthschaftlicher Fragen geistelte der Referent, Kollege Niesop, die Art und Weise, wie die Malerinnung den Versuch gemacht habe, ein eigenes Innungs-Schiedsgericht zu errichten, resp. einen Gesellenauschuß zusammen-

zubekommen. Eine zu diesem Zweck von den Innungsmeistern einberufene Versammlung war von 120—150 Personen besucht, welche extra nur durch Postkarten dazu eingeladen waren. Die anwesenden Gehilfen theilten jedoch nicht die Ansicht der Innungsmeister, waren auch nicht gewillt, einen Gehilfenauschuß zu wählen, weshalb sie aufgefodert wurden, dann das Lokal zu verlassen. Nur 11 oder 12 Personen blieben zurück, und diese haben es trotz aller gesetzlichen Vorschriften fertig gebracht, einen Gehilfenauschuß zu wählen, wozu laut Statut auch Meisterjöhne hinzugezogen werden können. Emergisch sei daher dagegen zu protestieren. Die auf diese Art Gewählten sind durchaus nicht von der Masse gewählt, und somit ganz und gar nicht fähig die Gehilfenschaft zu vertreten. Noch rigorosere verfahren nach den Ausführungen des Kollegen Kautenhauß die Lackierer-Innungsmeister; danach sollen sie einfach einen Gesellenauschuß, ohne vorher überhaupt die Ernennung darnach zu fragen, ernannt haben. Redner theilte den Inhalt der Postkarte mit, welcher an die betreffenden Personen ergangen ist, daraus ging hervor, daß es hauptsächlich um Ein- und Ausschreiben der Lehrlinge zu thun war, wofür die Angehörigen derselben im ersten Falle 3 M. und im letzten Falle 6 M. zu entrichten haben. Niemand habe man jedoch erfahren, wozu diese 9 M. für jeden Lehrling verwendet würden. Mahnte, Meister der Malerinnung erklärt, daß es durchaus unrecht von den Malergehilfen war, in der betr. Versammlung den Saal zu verlassen, sie waren in der Majorität, ein Gehilfenauschuß wäre andersfalls nicht zu Stande gekommen. Er selbst stehe auf dem Boden der Sozialdemokratie, nur bestimmte wirtschaftliche Vortheile verbanden ihn mit der Innung, doch selbst wenn er dieser verlustig gehen sollte, könne er nicht umhin, die Anwesenden aufzufodern, energisch und laut Protest dagegen zu erheben, daß diese auf solche Art und Weise gewählt 11 Ausschussmitglieder die Berliner Gehilfenschaft vertreten, er selbst könne diesen Ausschuß durchaus nicht anerkennen, und unterstütze so viel in seinen Kräften stehe diesen Protest. P. o. l. l. a. n. d. befandete, daß in der betreffenden Versammlung auf die Anfrage der Innungsmeister, ob ein Innungs-Schiedsgericht zu errichten sei, sich noch nicht einmal 11 Hände erhoben hätten, trotz energischen Verlangens nach einer Gegenprobe hätte man aber eine solche nicht stattfinden lassen. Er beantrage daher dem Polizeipräsidium klar zu legen, unter welchen Verhältnissen diese Wahl stattgefunden habe. Günther verlangt entschieden, daß die Gehilfen in Zukunft konsequent handeln und sich nicht von den Innungsmeistern hinausdrängen lassen. Hierzu fanden folgende Resolutionen einstimmige Annahme: 1. „Die Versammlung erklärt, daß das am 9. Januar durch 11 Personen gewählte Schiedsgericht vollständig inkompetent ist, die Maler und Anstreicher Berlins zu vertreten. Ferner erhebt die Versammlung gegen die Art und Weise der Wahlhandlung entschiedenen Protest und erwartet, daß die gewählten Vertreter des Ausschusses dem Wunsche der Gehilfenschaft Rechnung tragen und ihr Amt niederlegen.“ 2. „Die Anwesenden verpflichten sich, der Organisation der Vereinigung der deutschen Maler und Berufsgeoffenen beizutreten.“ Der Antrag, ein Protestschreiben dem königl. Polizeipräsidium zu übermitteln, wurde gegen 1 Stimme angenommen und das gegenwärtige Bureau dazu beauftragt. P. o. l. l. a. n. d. rügte, daß im neuen Reichstagsgebäude bei Nacht gearbeitet werde, während so viele Gehilfen arbeitslos seien. Hierzu wurde mitgeteilt, daß von seiten der Agitationskommission hierzu Schritte eingeleitet seien. Schließlich wurde eine am Montag über acht Tage stattfindende Versammlung der Lackierer bekannt gegeben.

Die freie Vereinigung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Berufsgeoffenen hielt am 5. Februar eine Versammlung ab. Betreffs der Zustände in der Fabrik von Krüger, Artilleriestr. 23, erklärte Kollege Bartsch, daß der größere Theil seiner Kollegen nicht mehr gewillt sei, 10 Stunden den Tag zu arbeiten, sondern den 9stündigen Arbeitstag wieder fordern wolle, welcher ihnen vom obigen Fabrikanten im Vorjahre entzogen worden sei. Sollte sich Herr Krüger ablehnend verhalten, so würden die Kollegen die Arbeit einstellen. In der Diskussion sprachen sämmtliche Redner in gleichem Sinne. Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen: Die Versammlung erklärt sich mit dem Vorgehen der Kollegen der Firma Krüger einverstanden und wird sie mit allen Mitteln unterstützen. Darauf hielt Herr Lürk einen Vortrag über: Gegenprojekte. Ein Antrag auf Herabsetzung der Beiträge wurde zurückgezogen. Kollege Schmidt gab noch bekannt, daß er von der Firma Löwenstein gekündigt worden sei, weil er sich geweigert habe, nach Feierabend zu arbeiten. Die Versammlung gab dem Personal dieser Fabrik den Rath, dafür zu sorgen, daß der Fabrikant die Kündigung zurücknehme. Die nächste Versammlung findet am 12. März statt. Das Stiftungsfest des Vereins wird am 18. März bei Keller, Bergstraße, abgehalten.

In Alt-Landsberg tagte am 5. Februar eine Lärper-versammlung für Neuhagen und Umgegend. Nach einem von Kollegen August Jakob gehaltenen Vortrage erstattete Paul Arnold den Kasernenbericht vom letzten halben Jahre. Derselbe wies eine Einnahme von 178 M. 47 Pf. und eine Ausgabe von 151 M. 37 Pf. auf, so daß ein Bestand von 27 M. 10 Pf. verblieb. Rath Halle wurden 123 M. 85 Pf. gefandt; jedenfalls ein erfreuliches Zeichen für den Fortschritt unserer Filiale. Nachdem noch die Aufforderung ergangen war, dem Zentralverband, sowie dem Arbeiter-Bildungsverein beizutreten, wurde die auch von den Kollegen von Alt-Landsberg zahlreich besuchte Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

Vermischtes.

Choleraanachrichten. Regierungsbezirk Merseburg. In Nietleben am 4. und 5. d. M. je 1 Neuerkrankung, am 6. d. M. 2 Erkrankungen, 1 Todesfall; außerdem wurde in drei bisher als verdächtig bezeichneten Fällen Cholera nachträglich festgestellt. In Lettin 1 Erkrankung.

Halle a. d. Saale, 9. Februar. Gestern sind in der Irrenanstalt zu Nietleben zwei Todesfälle und drei choleraverdächtige Erkrankungen vorgekommen.

Regierungsbezirk Schleswig. In Altona: 3 Erkrankungen. Großes Brandunglück. Der Generalanzeiger für Leipzig und Umgebung“ meldet: Diese Nacht um 12 Uhr ereignete sich ein entsetzliches Brandunglück im Restaurant Schäfer am Neumarkt; 6 Personen sind todt, 3 schwer verletzt. Das Feuer entstand vermuthlich dadurch, daß in dem karnevallistisch decorirten Lokale einer der Gäste leichtfertiger Weise einen Feuerwerkskörper entzündete. Dadurch gingen Fichtenreiser, welche sich in der Nähe befanden, Feuer und dieses verbreitete sich mit so großer Geschwindigkeit über das ganze Lokal, daß eine große Panik entstand. In dem engen Gausflur hatten sich die Gäste beim Hinausgehen so eng zu-

fammengedrängt und der Qualm des Feuers hatte sich so rasch verbreitet, daß sechs Personen erstickten, bevor ihnen Hilfe gebracht werden konnte.

Ueber die Entstehungsbursache meldet der „Generalanzeiger“ des weiteren folgendes: Ein Weinändler Namens Kreschmar entzündete im Restaurationslokale eine Rakete, durch welche ein Korb mit Wachsblumen, der sich an der Decke befand, entzündet wurde. Dadurch entfiand der Brand. Kreschmar wurde verhaftet.

Einbruch ins Gefängnis. Daß Diebe aus Gefängnissen ausbrechen, ist nichts Seltenes, wohl aber, daß sie einbrechen, wie es dieser Tage im Gefängnis zu Braunsberg in Ostpreußen geschah, und zwar mit Erfolg, indem sie aus der Gefängniszelle einige hundert Mark entführten.

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Budapest, 9. Febr. Die Streik in der Ungarischen Waffenfabrik ist beendet. 1177 Arbeiter sind wieder eingestellt, 809 Arbeiter wurden entlassen.

Leipzig, 9. Febr. Die Polizei verbot das Weitererscheinen der hiesigen Organe der polnischen Sozialisten.

Briefkasten der Redaktion.

D. G. Ihr Manuskript ist Ihrem Wunsche gemäß nach dem betreffenden Ort gefandt worden. Wenden Sie sich dorthin. — Ueber die andere Sache können wir Ihnen nur mündliche Auskunft ertheilen.

A. A. und verschiedene Andere: Sie wollen uns „Widerlegungen“ der Zukunftsstaats-Weisheit liefern, die von den Herren Wachen, Stöcker, Richter u. s. w. im Reichstag zu Tag gefordert worden ist. Für wen? Für die Wissenden und Denkenden bedarf es keiner Widerlegung, und die Unwissenden und Gedanklosen werden durch keine Widerlegung klug, erst durch Schaden.

Fürstenerstraße. Der aktiv dienende Soldat, der also noch nicht zur Reserve übergetreten ist, bedarf der Erlaubnis zur Verheirathung.

Anton 100. 1. Nur falls die Arbeiterin zur Vertreterei bestellt war, kann sie mit rechtlicher Kraft kündigen. 2. An Krankentassenbeiträgen für 3 Jahre (!) abzuziehen, ist unzulässig und strafbar: nach §§ 53, 52 des Gesetzes über die Arbeitgeber bei einer Lohnauszahlung höchstens die Beiträge für 2 Lohnzahlungsperioden (im allgemeinen also für zwei Wochen) abzuziehen.

A. S. Gehörte die Wette nicht Ihnen — ob das der Fall, ist aus Ihrem Brief nicht zu ersehen — so würde eine Verwendung derselben in Ihrem Nutzen eine Unterschlagung darstellen können. Sie sind dann erfahspflichtig.

G. G. Die Verschiedenheit des Religionsbekenntnisses ist keinerlei Hindernis für die Eheschließung. Die Ehe wird vor dem Standesbeamten geschlossen.

J. T. D. Dann können Sie leider nichts anderes machen, als entweder das unbedingt heirathsfähige Alter abzuwarten oder den Versuch zu machen, sich vom Vormundschaftsgerichte einen Pfleger bestellen zu lassen.

R. S., 16. 1. Wajang, Lafarg, Gade, Rivenhäus. 2. Eine phantastische, sehr gut stilisirte didaktische Erzählung. 3. Rag.

Th. Ch. R. Die Post vielleicht nicht, aber der Briefträger haftet, falls er Unlegitimirtes ausgehakt hat.

Wasserleitung. Nur, wenn Sie keinen schriftlichen Vertrag mit der Klausel geschlossen haben — §§ 3, 4, 5 —, daß Ihnen für den Fall des Abschneidens der Wasserleitung u. s. w. keine Entschädigung zusteht, können Sie einen Abzug von 50 Pf. bis 1 M. monatlich machen.

R. St. 100. Gehalt erhält ein preussischer Prinz als solcher nicht. Ihm werden vom Oberhaupt der betreffenden prinziplichen Familie Sipanagengelder ausgezahlt. Ueberdies steht ihm ein Anspruch auf Bezug der Einkünfte aus den Fideikommissen, Stiftungen u. s. w. zu, die etwa von seinen Vätern zu seinen Gunsten errichtet sind. An Einkünften bezieht er daher im allgemeinen ohne Gegenleistungen mehr als alle Volksschullehrer eines Kreises zusammen für ihre angestrenzte Arbeit an „Gehalt“ beziehen. Leistet er als Militär, als Beamter, als Kaufmann, als Arzt, als Handwerker etwa Dienste, so erhält er Bezahlung für diese Dienste wie jeder andere Staatsbürger. — Bei außerpreussischen Prinzen liegen die Verhältnisse ähnlich, interessiren wohl aber selbst Sie nicht.

G. R. 42. Derartige Aeußerungen den Bergleuten gegenüber sind nicht mitgetheilt. Die Verschmetzungsworte sind als auf einem Banquet gesprochen seiner Zeit in die Oeffentlichkeit gedrungen.

E. D. L. Schöneberg. Steuern müssen dort gezahlt werden, wo Sie zuerst eingeschätzt waren, die Kosten, die für Rückzahlung irrthümlich erhobener Steuern erwachsen, erhalten Sie nicht ersetzt. Die Eingaben sind an die betreffenden Gemeinden zu richten.

Wohnung N. G. Leider ist die Gemeinde berechtigt, eine Armenunterstützung empfangende aus dem Ort zu weisen. Die Frau wird am besten thun, ausdrücklich auf die — 2 Mark Unterstützung zu verzichten und seitens ihrer Kinder erklären zu lassen, daß diese sie unterstützen werden. Dann kann sie nicht an ihren früheren Wohnsitz gegen ihren Willen abgeschoben werden.

Briefkasten der Expedition.

Für die Bergarbeiter gingen ferner ein: Werkstatt von A. Groschus, Vandsbergerstr. 16, 6.—. Gesangsverein „Deutscher Männerang“ 20.—. Kumpen in Spanbau 7.70. Von den Tischlern Kofrod's durch Wienhold 25.—. Gesammelt im Restaurant Schulz — 80. Summa 59,30 M. Bereits quittirt 9775,15 M.; in Summa 9834,45 M.

S. Köpenick. Inserat kostet 4 M.

W. K. Ein Fachverein der Schlosser besteht in Berlin nicht. Der Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter hat seinen Arbeitsnachweis Wallstr. 7/8. Dasselbst werden auch Mitglieder aufgenommen.

A. W. Ihre Anfrage 1 ist wohl durch die Bekanntmachung des Parteivorstandes in der Sonntags-Nummer erledigt. — Etymographische Berichte über die Gesamtdebatte können sie aus der Druckerei der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, Wilhelmstr. 32, beziehen.

Genossenschaft (Tischlerei) f. Mitglied mit 11. Kapital als Geschäftsführer. Adr. sub N 1150 Post-Amt Friedrichstr. 226/227. 12776*

Halbfleisch von 40—50 Pf. tägl. Auguststr. 50a.

Gute Destillation (Restoration) mit g. Einrichtung, Willard u. Piano (Nietze billig) z. verl. Buttmanstr. 13. (11856)

Restaur., f. Gesinnungsgenoss. pass. viel Werkstellen i. Hause, Fruchstr. 31 zu verkaufen. 12665*

50 kleine Wohnungen zu verm., billiger und besser wie in Berlin, bei Arthur Ziomor, Charlottenburg, Goethestr. 67a, 10 Minuten vom Zoologischen Garten-Bahnhof. Auch drei Wohnungen Guvrystr. 25. 35681.

Meyer's Lexikon laufe A. Sauer, Raupachstr. 2.

Swinemünderstr. 45/46 billige freundliche Wohnungen: Vorderhaus: 2 Stuben u. Küche, 4 Tr., 300 M. Hinterhaus: Stube u. Küche 170—180 M. 12556*

Vergnügshalber ist zum 1. April d. J. eine schöne Wohnung von Stube und Küche Wrangelstr. 43, vorn 3 Tr., für 78 Thlr. zu verm. Auch ist das eine gut erhaltene Wirthschaft zu verl. bei W. e. r. n. e. r. 12766

Homöopathische Klinik, Brunnenstr. 40. Spr. 11—12, 4—5. Stg. 9—10.

Damen-Masken-Garderobe von M. Roussel, Skalitzerstr. 43.

Schönherr's Restaurant, 15. Stralanderstr. 15. Große Zimmer für Vereine. 35641.

Theilungshalber sollen 360 Quadratrußen (4 Baustellen) im besten Theile der Triftstraße belegen, preiswerth verkauft werden. Adressen sub F. A. 1524 an Rudolf Mosse, W., Friedrichstraße 68. 1179*

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins Andrasstr. 23. Sp